

SD-Referendum gegen Bilaterale Verträge:

EU-Erpressung – Volk betrogen!

Angriff auf Schweizer Löhne mit freiem EU-Personenverkehr



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf/BL

Referat an der SD-Delegiertenversammlung, Zürich

Liebe Delegierte und Gäste, wir alle haben die Schalmeienklänge der Regierungsparteien und der Wirtschaft noch taufrisch in den Ohren. Im September 2005 stimmte das Schweizer Volk über die Ausdehnung der Bilateralen Verträge auf die neuen Ost-EU-Länder ab. Wir haben seinerzeit zusammen mit anderen Organisationen und Parteien das Referendum ergriffen. Eine Mehrheit des Volkes liess sich so unter Druck setzen, dass leider schlussendlich eine Zustimmung resultierte. Doch damit war die Geschichte noch nicht am Ende. Heute geht es um zwei Fragen:

POSTCODE 1
AZB 3806 Bönigen

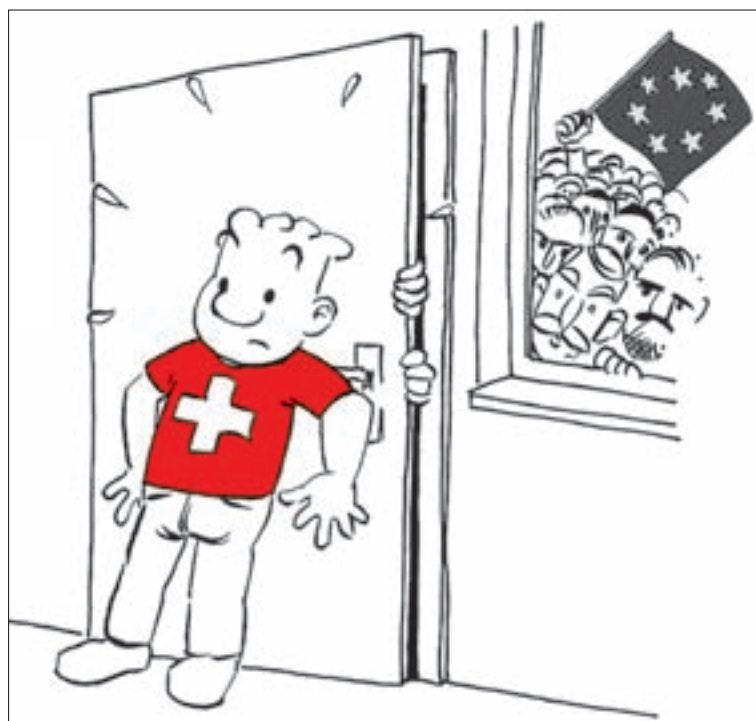
1. Soll die EU-Personenfreizügigkeit auch auf die beiden Länder Rumänien und Bulgarien ausgedehnt werden?
2. Soll nach einigen wenigen Jahren Erfahrung über alle Bilateralen Verträge mit der EU nochmals abgestimmt werden?

Für beides ist ein Referendum nötig. Das heisst, man muss 50 000 Unterschriften unterschreiben 100 Tagen

sammeln, damit es zu einer Volksabstimmung kommt. Und genau dieses Vorhaben wollen wir nun an die Hand nehmen.

Schlaumeier und Hintertreiber

Wir haben es im Bundeshaus mit einer Ansammlung von Schlaumeiern, Taktikern und Hintertreibern zu tun. Viele dieser Politisierenden wollen eigentlich so schnell wie möglich in die EU. Auf diesem Weg ist ihnen jedes Mittel recht. Fürs erste ist das der bilaterale EU-Weg, aber auch derjenige des Volksbetruges! Uns wurde nämlich vom Bundesrat, von den Eidgenössischen Räten und von vielen politisierenden bürgerlichen und linken EU-Fanatikern zugesichert, **dass wir nach wenigen Jahren einerseits nochmals über das gesamte Bilaterale Paket abstimmen dürfen, und dass wir andererseits auch die Möglichkeit haben, über jede Erweiterung des Bilateralen Abkommens mit der EU einzeln abzustimmen.** Nun hat aber das Parlament wider Treu und Glauben beschlossen, dass man die beiden Vorlagen in **eine** verpacken solle. Wieder einmal bestätigt es sich, dass die **Politikerkaste zu allem und jedem greift, wenn es ihrem Ziel nur dienlich ist.** Dies ist eine Pervertierung unserer direkten Demokratie. Denn bereits 1999 hat der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein festgehalten (ich zitiere): «Das Parlament hat eine weitere wichtige Sicherung beschlossen; im siebten Jahr nach Inkrafttreten entscheidet die Bundesversammlung, ob das Abkommen über die Freizügigkeit weitergeführt wird. Darüber kann das Volk erneut abstimmen, sofern das Referendum ergriffen wird. Das Parlament wird zudem entscheiden, ob das Abkommen über die Freizügigkeit auch für Staaten gilt, die später der EU beitreten. Auch darüber kann das Volk im Falle eines Referendums abstimmen» (Ende Zitat) Zudem haben **verschiedene Bundesräte und Politisierende mir und andern damals zugesichert, dass man über jede einzelne**



Schweizer Demokraten starten federführend Referendum gegen die sogenannte EU-Personenfreizügigkeit.

Vorlage auch einzeln abstimmen könne.

SD nicht käuflich

Es ist nicht auszuschliessen, dass man mit der Zusammenlegung der beiden Vorlagen die SVP unter Druck setzen will. **Denn es ist wohl so, dass eine Mehrheit dieser SVP-Par-teioberen für die Fortführung der Bilateralen Verträge ist,** währenddem vermutlich eine Mehrheit gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die beiden Länder Rumänien und Bulgarien ist: So will man diese SVP wohl in die Knie zwingen und diese auseinanderdividieren. Da veranstaltet die Politikerkaste auf dem Buckel des Volkes ein fieses Spiel, nur um die SVP auszutricksen. Uns kann das eigentlich wurst sein. Wir Schweizer Demokraten haben es da – ohne einen dominierenden Wirtschaftsflügel wie die SVP in der eigenen Partei zu haben – wohl einfacher! **Wir lehnen**

beide Vorlagen ab, weil sie für die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes aus sozialen und staatspolitischen Gründen schädlich sind. Wir haben und werden den bilateralen Weg immer geschlossen und

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 5 1.-August-Feier 2008
- 6 Euro 2008
- 7 Ein aggressiver Professor verliert den Mut
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Wie erfolgreich Unterschriften sammeln?
- 12 Der Leser hat das Wort

EU-Erpressung!*Fortsetzung von Seite 1*

gradlinig bekämpfen. Und mit uns kann man keine Päcklis machen!

Das Volk belogen!

Mit dem Vorgehen des Parlaments, das nun alles in einem Aufwisch durchziehen will, wird unser Volk aufs schändlichste betrogen und belogen! Und eigentlich zeigt das auf anschauliche Weise wieder einmal mehr, dass die in Bern tun und lassen, was sie wollen. **Sie machen Versprechen, um Volksabstimmungen zu gewinnen – Versprechen die sie nachher nicht halten.** Das heisst auch, dass das, was die reden und von sich geben, nicht das Papier wert ist, auf dem es geschrieben steht. Wir aber fordern klipp und klar, dass Versprechen, die man dem Volk abgibt, auch eingehalten werden müssen! Oder **leben wir in einer Bananenrepublik?** – Die Schweizer Demokraten erklärten immer wieder laut und deutlich, dass sie zwei separate Abstimmungsvorlagen wollen! Nun hat also die Parlamentsmehrheit ihren Volksbetrug durchgezogen. Es gibt eine Abstimmung für beide Vorlagen – **kämpfen wir halt gegen dieses Lügenpaket!**

Unsere Zurückhaltung gegenüber der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die beiden Länder Rumänien und Bulgarien ist berechtigt und klar begründet.

Saufreche EU-Erpressung

Bei der Unterzeichnung des Protokolls zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien (am 27. Mai 2008), pochte der slowenische Aussenstaatssekretär Matjaz Sinkowec darauf, dass es keine Weiterführung des generellen EU-



Schluss mit der Erpressung durch EU-Funktionäre!

Freizügigkeits-Abkommens ohne Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien gebe. Er fügte gleich noch an: «Wir sollten nie die Guillotine-Klausel des ersten bilateralen Pakets vergessen, das weiterhin das Kernstück unseres bilateralen Abkommen ist.» Dies ist eine reine **Abstimmungsdrohung und eine Einmischung in un-**

sere inneren Staatsangelegenheiten.

Das heisst also, dass unser Volk gar nicht frei abstimmen kann. Wir werden von der EU zu einem Ja erpresst. Und der gesamte Bundesrat, auch Frau Widmer-Schlumpf steht dahinter! **Die Demokratie ist damit ausser Kraft gesetzt!** Diese offene EU-Drohung wurde, zeitlich perfekt abgestimmt, genau einen Tag vor der Debatte zu den Bilateralen im Nationalrat ausgesprochen. Der Bundesrat machte bei dieser hinterhältigen Aktion noch voll mit. Frau Widmer-Schlumpf, die als EU- und UNO-Fanatikerin bekannt ist, findet das gar nicht schlimm, sondern im Gegenteil noch «wertvoll». Unser Volk soll damit durch den Bundesrat und die EU-Zentralisten im wahrsten Sinne des Wortes **entmündigt und entdemokratisiert** werden.

Flankierende Massnahmen nötig

Ob wir die Bilateralen Verträge wollen oder nicht. Für uns, die wir in dieser Frage die arbeitende Bevölkerung, die Klein- und Mittelverdiener, die Rentnerinnen und Rentner, die Handwerker und den Mittelstand vertreten, **braucht es auf jeden Fall «flankierende» gesetzliche Massnahmen zum Schutze unserer Löhne.** Eine sehr zentrale Feststellung ist in diesem Rahmen, dass die SVP immer gegen flankierende Massnahmen zum Schutze unser Löhne war, weil dies laut dieser Partei unbotmässig in die Handels- und Gewerbefreiheit eingreifen würde. **Solche flankierenden Massnahmen haben wir Schweizer Demokraten nie abgelehnt,** denn wir wollen ja nicht den Ast absägen auf dem wir sitzen und letztlich niedrigere Löhne und Renten riskieren. Genau das strebt aber der Bund an. Und vermutlich soll es auch wieder so laufen, wie bei der Frage, ob wir über beide Vorlagen getrennt abstimmen sollen oder nicht. **Uns wird doch auch in dieser Frage wieder nicht reiner Wein eingeschenkt.** Das heisst, man wird in den kommenden Monaten von den flankierenden Massnahmen reden, die für den Bilateralen EU-Weg unabdingbar seien. Diese Lohnschutzmassnahmen wurden seinerzeit zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik ausgehandelt, um die Bilateralen Verträge beim Volk durchzubringen, denn das Lohn- und Arbeitsgefüge ist in allen EU-Ländern wieder anders und es unterscheidet sich auch massiv vom Unserigen. Nicht umsonst hat am 5. Juni 2008 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) festgestellt, dass Deutschland zu einem Auswanderungsland geworden sei. Deutschland verarme immer mehr. Grund dafür seien meist bessere Verdienstmöglichkeiten deutscher Staatsbürger vor allem in der Schweiz und



Schluss mit der Billigkonkurrenz für das Gewerbe!

in nordischen Ländern, da die Gehälter von höher Qualifizierten beispielsweise in der Schweiz besser seien. Die EU fördert also noch die sozialen Ungleichheiten.

Angriff auf Schweizer Löhne und Renten

Wir alle wollen also, dass unsere Löhne und Renten nicht unter Druck kommen! Aber bereits gibt es Signale, diese flankierenden Massnahmen auszuhebeln. Unvorsichtigerweise (aus Bundessicht gesehen), glücklicherweise (aus unserer Sicht gesehen) hat irgendwer beim Bund nicht dicht gehalten. Was also planen die da oben in Bern in ihren Hinterzimmern? Wollen Sie das Volk ein weiteres Mal täuschen?

Staat macht, was er will

Sie wollen, dass bei staatseigenen Aufträgen nicht mehr die ortsüblichen Löhne bezahlt werden müssen. Wenn demzufolge ein polnischer Handwerker für den Bund arbeitet, soll er nicht mehr den Mindest-Lohn bekommen, der mit den flankierenden Massnahmen vorgesehen ist. Dieser Handwerker soll für den viel tieferen osteuropäischen Lohn arbeiten dürfen. Bisher durften bei der Vergabe von Aufträgen unsere ortsüblichen Mindest-Löhne nicht unterboten werden, sonst machte man sich strafbar. Das «Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen» schreibt dies so vor. Wenn das nun für Bundesaufträge nicht mehr gelten soll, dann kann man die flankierenden Massnahmen schlicht vergessen. Das öffentliche, also das staatliche Auftrags-Vertragsvolumen beträgt gut 20 Prozent von allen Vergabungen und Investitionen in unserem Land. Da geht es also um sehr viele Milliarden Franken. Damit würden alle Schutzdämme eingerissen. Wer würde sich denn in den privaten Wirtschaftsbereichen noch an diese Schutzmassnahmen halten? Wir Lohn-Verdienenden und alle Rentenbeziehenden wären schlussendlich die Leidtragenden. **Man**

muss nicht Sozialist sein, um festzustellen, dass dies eine totale Auslöschung aller sozialen Errungenschaften in unserem Lande bedeuten würde. Noch mehr Billigst-Arbeiter würden angelockt. Noch eine stärkere Lohndrückerei wäre die Folge. Und schlussendlich würden wieder die Braven und Anständigen gestraft. Diejenigen, die skrupellos machen, was sie wollen, würden profitieren. Und was dabei besonders wichtig ist: Die Konkurrenz für unsere Schweizer Firmen würde noch mehr und massiv zunehmen.

Schwarzarbeit und Lohndumping

Im Herbst 2005 wurde mir an unzähligen Podien und auch in der Fernsehendung ARENA von den Bundesräten Schmid (SVP), Deiss (CVP), Couchepin (FDP) und Co. vorgehalten, dass wir wegen den Fällen von Schwarzarbeit und Lohndumping, die wir im Abstimmungskampf aufführten, Schwarzmalerei seien. **Es seien nur wenige Fälle, die man jetzt im Abstimmungskampf gross aufspiele.** SVP-Nationalrat Spuhler fuhr mir am härtesten an den Karren, indem er erklärte, dass ich mit meinem Verhalten und dem Einstehen für härteste Lohnkontrollen dem Werkplatz Schweiz schade... 1995 hielt ich fest (ich zitiere bewusst meinen Text aus diesem Abstimmungskampf):

Bundesrätlicher Aprilscherz

«Am 1. April (nomen est omen) verkündete CVP-Bundesrat Joseph Deiss, dass es fast keine Missbräuche gebe seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit den «alten EU-Ländern» vor einem Jahr. Die sogenannte «flankierenden Schutzmassnahmen» würden dafür sorgen. Auch das stimmt offensichtlich nicht und ist schlicht gelogen! Denn die Wirklichkeit sieht anders aus. **Der Verein Baustellenkontrolle Basel (BASKO) hat nach vier Monaten Kontrollen eine negative Bilanz gezogen** (Mitteilung vom 25. Mai 2005): Bei 37 Kontrollen in Basel fand man in 21 Fällen Verstösse. Meist hätten Arbeitgeber von aus dem EU-Ausland entsandten Personen die hiesigen Mindestlöhne nicht eingehalten. Die Unregelmässigkeiten auf 60 Prozent der kontrollierten Baustellen zeigen, dass die sogenannte «flankierenden Massnahmen», welche unser Land und unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Sozial- und Lohndruck schützen sollten, kaum etwas nützen. Für die obgenannten Verstösse wurden (insgesamt) **Bussen von rund Fr. 12 000.– ausgesprochen – lächerlich tief und nichtsnutzend sind derartig minime Bussen.** Und die Gewerkschaften Unia und Syna, welche diese Kontrollen durchführten, sagen selber, dass die

Kontrollen kaum etwas nützten und man zu wenig Kontrolleure habe. Übrigens: Diese beiden Gewerkschaften kämpfen – fast schon schizophren – für ein Ja zum freien Personenverkehr mit der EU.» (Ende Zitat aus dem Jahr 2005)

Massenweise Missbräuche

Warum habe ich meinen Text bewusst wieder hervorgeholt? Die Antwort ist leider sehr einfach: Was damals galt, gilt heute umso mehr. Natürlich – inzwischen ist die Geschichte weitergegangen. Es wurde auf Baustellen und sonst in der Wirtschaft weiter kontrolliert. Aber, man hat die Resultate bewusst weitgehend unter dem Tisch gehalten. Wir haben leider fast nur die Zahlen aus dem Jahr 2005:

Da gab es offiziell in 2145 Fällen Firmen-Bussen wegen Verstosses gegen die flankierenden Schutzmassnahmen. Und 108 Firmen wurden wegen Unterschreitens der Mindestanforderungen sogar vorübergehend vom Markt ausgeschlossen.

Auch hier wieder typisch – nur vorübergehend wurden diese ausgeschlossen. Von der **Dunkelziffer, die x-Mal höher** sein dürfte, gar nicht zu reden. Wir können davon ausgehen, dass es in den Jahren 2006 bis 2008 so weitergegangen ist. Die Kontrollen sind nur sporadisch und nicht lückenlos. Missbräuchen sind Tür und Tor geöffnet. **Es braucht zum Schutze aller Einheimischen mehr Kontrollen!**

Massive Missbräuche im Kanton Solothurn

In der Zeitung «News», vom 4. Juni 2008, lesen wir (ich zitiere): «Der Verein Arbeitskontrollen Kanton Solothurn (AKS) hat im vergangenen Halbjahr 637 Arbeitsverhältnisse auf Baustellen kontrolliert. Jede fünfte Kontrolle führte zu Beanstandungen, teilweise schwerer Mängel.» (Ende Zitat)

Weiter gibt es einige grosse Missbrauchs-Beispiele der Öffentlichen Hand aus der jüngsten Vergangenheit:

- Beim Neubau für die Bundespensionskasse «Publica» in Bern wurden deutsche Putzfrauen und Plattenleger um den Lohn geprellt, den sie gemäss Gesetz bekommen müssten.
- Bei der Gross-Baustelle für die neue U-Bahn in Lausanne hielten Gleis- und Tiefbauunternehmen die ortsüblichen Löhne nicht ein. Da hat natürlich dann kein Schweizer Arbeitnehmer mehr die Möglichkeit, angestellt zu werden. Die ausländische Konkurrenz ist zu gross.
- Einen eklatanten Verstoß gab es auch beim Neubau eines Schulhau-

ses in der Berner Vorortsgemeinde Ostermundigen.

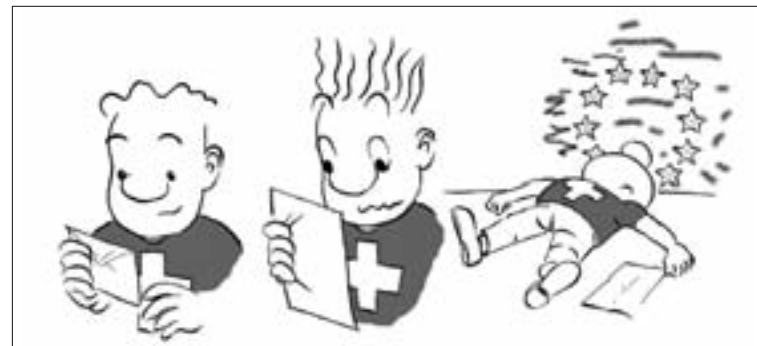
• Bei Reinigungsarbeiten für die Polizei- und Militärdirektion und die UNI Bern wurde ebenfalls gegen die gesetzlichen Grundlagen der Bilateralen Verträge verstossen.

Ab in den Knast!

Wir fordern daher, dass allfällige Lohndumping-Gegenmassnahmen viel härter sein müssten, als sie das jetzt sind. **Strafen gegen den Gesetzesverstoß müssten hoch ausfallen, wenn sie wirksam sein sollen:** Gefängnis und Höchstbussen müssten für all diese Exzesse angesagt sein. Nicht lächerliche 5000 Franken Höchststrafe, wenn überhaupt? Kontrollen müssen wirken. Ich aber halte fest: Es wird hier zu wenig getan! Was hat der Schweizer «EU-Bundesrat» auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet? Gefragt wurde: (Zitat) «Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass bei Nichteinhaltung der Meldevorschriften und -fristen für in die Schweiz entsandte ausländische EU-Arbeitskräfte **Verstöße mit aller Strenge zu ahnden sind** und der gesetzliche Zustand wieder herzustellen ist?» (Ende Zitat) – Die saloppe und locker formulierte «EU-bundesrätliche» Antwort dazu: (Zitat) «Für den Fall, dass die Anmeldung nicht gemacht wurde oder nicht korrekt gemacht worden ist, sieht das Gesetz Sanktionen vor. Die kantonale Behörde kann eine Busse bis zu einer Höhe von 5000 Franken verhängen. Die kantonale Behörde verfügt über ausreichende Mittel, um die Nichteinhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu unterbinden und der Bundesrat teilt die Meinung des Autors der Frage, dass diese Mittel auch angewendet werden müssen.» (Ende Zitat) Das tönt ja wunderbar: **Aber was sind schon 5000 Franken Strafe?** Zudem ist das **nur ein Höchststrafmass**, das kaum je zur Anwendung kommt. Und die uns zur Verfügung stehenden Zahlen – welche sicher nur die Spitze des Eisbergs sind – zeigen, dass die Kontrollinstanzen völlig überfordert sind.

Freche eurogeile Politiker

Der Zeitung «Sonntag», vom 18. Mai



Schluss mit Lohndumping und Sozialdruck für Einheimische!

2008 entnehmen wir (ich zitiere): «72 000 Franken brutto – soviel verdient ein durchschnittlicher Schweizer Bauarbeiter pro Jahr. In Deutschland sind es 57 000 Franken, in Polen gar nur 12 000 Franken. **Die Lohnunterschiede innerhalb Europas sind also gewaltig.** Um den freien Personenverkehr mit der EU dennoch zu ermöglichen, verpflichtet der Bund ausländische Arbeitgeber, die in die Schweiz geschickt werden, die hiesigen minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen einzuhalten.» (Ende Zitat) Wenn man aber all das aufsummiert, was ich vorgängig erwähnt habe, dann beginnt man sehr stark zu zweifeln. Wenn sich sogar die Öffentliche Hand nicht an die gesetzlichen Vorgaben hält, wer tut es denn sonst? Wir dürfen also getrost davon ausgehen, dass serienweise gegen diese Regelungen verstossen wird – immer zum Nachteil von uns Einheimischen. **Da werden Arbeitsplätze von Schweizer Firmen und Schweizer Arbeitenden aufs Spiel gesetzt**, weil sie viele Aufträge nicht mehr erhalten, – weil sie zu teuer sind, – weil sie uns menschenwürdige Löhne bezahlen. Die Missbräuche sind schlicht eine Frechheit. Und all das nur, weil gewisse Politiker so eurogeil sind. Sind also diese Bilateralen Verträge wirklich ein Segen für unser Land? Wurden uns da wirklich alle Karten auf den Tisch gelegt? Dazu stellen sich uns Fragen über Fragen.

«Blinder» Bundesrat

Der Bundesrat hat im Mai 2008 mitgeteilt, **dass auf eine vertraglich mögliche Kontingentierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum verzichtet werde**, weil alles gut laufe und wir auf diese Arbeitskräfte angewiesen seien. Man will also keinerlei Begrenzungen.

Unser SD-Nationalrat Bernhard Hess forderte am 21. März 2007, dass aufgrund der massiven Zuwanderung von Staatsangehörigen aus den 15 altern EU-Ländern unverzüglich Zuwanderungskontingente einzuführen seien. **Die Schweiz hätte die Möglichkeit gehabt, aufgrund der Bilateralen Verträge Schutzklauseln zu installieren.** Die EU hätte uns dafür auch nicht «strafen» können,

weil dies im Rahmen der Verhandlungen mit der EU vertraglich ausgehandelt worden ist. Aber nichts geschah und nichts geschieht von bundesrätlicher Seite. Die Regierenden lassen einfach alles laufen wie es ist. Die höchsten Zuwächse verzeichnen wir aus Deutschland und Portugal. **Und nun sollen mit der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auch immer mehr Leute aus den Balkan-Staaten zu uns kommen.** Ständig mehr dieser Leute, solche aus dem Balkan, werden bekanntlich eingebürgert und wieder durch Neueinwanderer ersetzt.

• **Die Einwanderungsmaschinerie läuft ohne Unterbruch weiter.**
 • **Die Gesamtbevölkerung wächst unablässig weiter.**
Wir werden immer stärker überbevölkert und überfremdet, weil jeder Eingebürgerte wieder durch neue Einwanderer ersetzt wird.

Im Abstimmungskampf 2005 haben wir davor gewarnt, dass **ein halbislamisches Land, nämlich die Türkei**, im Rahmen der Bilateralen Verträge auch noch «für uns geöffnet» würde. Damals wurde uns gesagt, dass dem noch lange nicht so sei und dass dies vielleicht gar nie geschehen werde, weil ja nicht einmal Rumänien und Bulgarien dabei seien. Nun sollen eben diese beiden Staaten Rumänien und Bulgarien auch dazukommen. Und von den Freunden Calmy-Reys war damals zu hören, **dass auch der Nichtstaat Kosovo – für diejenigen, die es nicht wissen: dies ist eine Provinz von Serbien! – und Albanien in die EU drängen.** So läuft man Gefahr, dass sich immer mehr islamische Staaten in die EU zwingen und das bedeutet für uns, dass wir zunehmend Leute islamischen Glaubens im Land haben werden. Deshalb müssen wir nun einen Riegel schieben!

Ausländer werden Chefs

Welche Erfahrungen machen Sie im täglichen Leben? Sieht es nicht so aus, dass neben der massenhaften Einwanderung von schwarzen Leuten unser Arbeitsmarkt zunehmend stärker auch mit EU-Leuten durchdrungen wird. **Wer sind denn die Chefs in unserer Wirtschaft?** Wer sitzt in den Büros und steht in den Läden? **Immer mehr deutsche und andere EU-Leute haben in unseren Firmen das Sagen.** Überall im Lande, wo man hinschaut, wirklich überall sind sie zu finden. Und sie nehmen uns zunehmend auch die guten Arbeitsplätze weg und/oder stehen mindestens hierarchisch über uns.

EU-Erpressung!

Fortsetzung von Seite 3

In Zürich stellen die Deutschen bereits die grösste Einwanderungsgruppe!

Duckmäuser regieren uns

Weil unsere Regierenden so brave Duckmäuser sind, machen wir Schweizer natürlich nicht von unserem Kontingentsrecht (Einschränkungsrecht) Gebrauch. Ganz anders die Deutschen. **Ende April 2008 hat die deutsche CDU/SPD-Regierung einfach so und erst noch einseitig beschlossen, die Arbeitsmarkttöffnung für Polen um zwei Jahre hinauszuschieben.** Vielleicht geschieht das dann 2011 oder auch nicht, je nachdem wie sich die Lage in Deutschland dann zumal gestaltet. Die nehmen keine Rücksicht auf die EU und andere EU-Länder. Und das sind nicht so Bücklingspolitiker, wie wir sie haben. Bei dieser deutsch-polnischen Arbeitsmarkttöffnung geht es natürlich nicht nur um den Arbeitsmarkt an sich, um die vielen Arbeitslosen in Deutschland. Es geht beispielsweise auch um die Kriminalität, die aus Polen heraus verstärkt festzustellen ist, seit die Grenzen geöffnet wurden. **Und das teuflische Schengen-Abkommen erlaubt ja nicht einmal mehr richtige Grenzkontrollen.** Deshalb mucken jetzt die deutschen Wählerinnen und Wähler auf, was die Bundesregierung zum Handeln zwang. Nicht so bei uns! Die Schweiz will nun mit einer weiteren Vorlage den freien Personenverkehr noch auf Rumänien und Bulgarien ausdehnen.

Billigstarbeiter und mehr Kriminalität

Unserem Land bringt diese Ausdehnung gar nichts. Bestenfalls kommen von dorthier noch mehr Billigstarbeiter. Gescheite Köpfe gibts wohl auch in diesen Ländern, aber **vermutlich stranden von dort eher noch mehr Roma bei uns** (übrigens:

früher durfte man denen noch Ziogeuner sagen). Wir haben bei uns und in Westeuropa schon heute mit diesen Leuten grosse Probleme. Und es ist leider belegbar, dass deren **Kriminalitätsrate sehr hoch ist.** Wer das nicht glaubt, soll einmal zu uns in die Nordwestschweiz kommen und beobachten, wie die Roma zu kriminellen Raubzügen in die Schweiz fahren und sich dann wieder ins Elsass zurückziehen. Eine kleine Reminiszenz noch nebenbei: Kürzlich habe ich als Eisenbahnfreund die SWR-Sendung «Eisenbahn-Romantik» gesehen. In einem Beitrag über Rumänien, am 20. April 2008, wurde eine alte Eisenbahnlinie gezeigt, die von Dampflokfreunden wieder in stand gestellt wurde. Wörtlich war dann zu hören, **dass es leider immer wieder vorkomme, dass Romas gar Schienen und Schienenschwellen klauen.** Wenn das nicht eine Bestätigung eines oft gehörten (Vor)Urteils ist! Und von diesen Leuten sollen jetzt noch mehr in die Schweiz kommen dürfen?

Roma-Invasion in Italien

Momentan wird uns ja in Italien vorgeführt, wie problematisch der EU-Beitritt Rumäniens ist. **Hunderttausende von Romas sind – kaum war der EU-Beitritt Tatsache – nach Italien gepilgert.** Die haben sich an kein Entsendegesetz gehalten und sich überall niedergelassen! Landauf, landab bringt dies Italien nur Probleme. Bereits gab es deswegen Ausschreitungen. Und die italienische Regierung veranlasste in den letzten Monaten, dass illegale Rumänen – natürlich gegen den Protest der Gutmenschen – wieder ausgeschafft wurden. Aber dieses Problem scheint nicht so einfach lösbar zu sein. Es ist zu befürchten, dass am Tag, wo wir Schweizerinnen und Schweizer ja zur Ausweitung des freien Personenverkehrs auf Rumänien sagen würden, **auch ein riesiger Einwanderungsdruck auf uns entstehen würde.** Dies mit allen Folgen, wie: **zunehmende Kriminalität, Schwarzarbeit, Gesundheitsprobleme** – selbstverständlich wäre dies alles durch uns Schweizer Steuerzahler zu bezahlen ...

EU «genehmigt» unsere Steuergelder

Und die Sache mit Rumänien und Bulgarien geht sehr schnell. Die EU-Staaten haben am 14. Mai 2008 den schweizerischen Kohäsionsbeitrag, den wir an Rumänien und Bulgarien zu zahlen haben, bereits «genehmigt». Ja, wir haben da richtig gehört. Die EU verwendete den frechen Ausdruck «genehmigt». **Wir sollen Rumänien 181 Millionen Franken und Bulgarien 76 Millionen Franken zahlen.** Ein Referen-



257 Millionen Steuerfranken fließen als sogenannter EU-Kohäsionsbeitrag nach Rumänien und Bulgarien!

dum dazu ist natürlich nicht möglich. Wir bezahlen einfach so 257 Millionen Franken Steuergelder. Und einzig und allein die EU profitiert davon! Da kann ich mir die Feststellung nicht verkneifen, dass dieses Geld wohl unsere AHV-Rentnerinnen und Rentner auch gut gebrauchen könnten.

Unser Pfand Gotthard und Alpentransversalen

Nun argumentieren unsere Besser- und Alleswisser zu Bern noch, dass man diese Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien nicht ablehnen dürfe, weil sonst die gesamten Bilateralen Verträge von Seiten der EU gekündigt würden. Abgesehen von der Frage, ob das nicht auch noch gut für unser Land wäre, bleibt hier festzustellen, dass diese Bilateralen Verträge einseitig vor allem der EU sehr viel bringen. Zudem stellt sich die Frage: **Glaubt man wirklich, dass die EU, beispielsweise das Landverkehrsabkommen, das nicht primär der Schweiz etwas bringt, sondern vor allem Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich dient, wirklich kündigen wird nach einem Schweizer Nein wegen Rumänien und Bulgarien?** Das ist schlicht unvorstellbar. Selbstverständlich wären **Neuverhandlungen** nach einem Nein wegen Rumänien und Bulgarien denkbar. **Die müssten dann aber von einer Regierung geführt werden, die hart verhandeln und für unsere Landesinteressen einstehen kann.** Aber solche Leute gibt es bei uns in Bern leider nicht in Regierungsgremien.

Vorlage mit sozialem Sprengstoff

Wir wollen nicht in die Details zu dieser Rumänien/Bulgarien-Vorlage gehen. Es sei nur festgehalten, welche Gesetze geändert werden müssen:

- Bundesgesetz über die AHV
- Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
- Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen

- Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge
- Bundesgesetz über die BVG-Freizügigkeit
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung
- Bundesgesetz über die Unfallversicherung
- Erwerbsersatzgesetz
- Bundesgesetz über Familienzulagen in der Landwirtschaft
- Bundesgesetz über Familienzulagen allgemein
- Arbeitslosenversicherungsgesetz
- Liste der Berufsbezeichnungen

Die Thematik der Gesetze sagt schon vieles aus. Und in diesen Gesetzesänderungen verbirgt sich natürlich unendlich viel sozialpolitischer Sprengstoff.

Wir werden im Internet alle SD-Stellungnahmen und Argumente aus der Abstimmung des Jahres 2005 publizieren. Alle diese Argumente gelten auch in diesem Abstimmungskampf!

SD müssen Unterschriften sammeln

Unser Volk hätte deshalb die Möglichkeit haben müssen, über die Osterweiterung mit Rumänien und Bulgarien und über die gesamten Bilateralen Verträge getrennt abstimmen zu können. Andere lavieren da hin und her und lassen sich womöglich noch über den Tisch ziehen. Jetzt ist es an uns, zusammen mit allen befreundeten Organisationen und Parteien zu agieren und die nötigen **Unterschriften zusammenzutragen.**

Wir dürfen uns nicht durch die Regierenden entmündigen und in die Ecke drängen lassen.

Packen wir diese grosse Herausforderung an!

Wir sagen Nein zu:

- mehr Arbeits- und Lohndruck.
- zu mehr Kriminalität.
- noch mehr Schwarzarbeit.
- immer tödlicher werdenden Konkurrenz für unser Gewerbe.
- einer Aushöhlung unserer Sozialwerke
- einer Verbauung unserer Grünflächen für Einwanderer und dazu noch höheren Mieten.
- verstopften Strassen – verursacht durch EU-Mehrverkehr.
- einer zentralistischen EU.
- weniger Wohlstand, mehr Armut und Abwanderung von Firmen.

Kämpfen wir gegen die EU-Erpressung. Lassen wir uns von der EU und dem Bundesrat nicht entmündigen!

Anzeige

Ein tolles Anstecker (rot) mit Schweizerkreuz

CH-Herz (17 mm breit) gehört doch zu jedem echten Schweizer Demokraten!

In Couvert Fr. 10.– legen und senden an SD Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld (Absender nicht vergessen)

Per A-Post erhalten Sie 2 Stück! Grössere Stückzahlen möglich und zu tieferen Preisen! Tel. 052 765 12 16

1.-August-Feier 2008 der Schweizer Demokraten

Im Restaurant «Drei Könige» in Kleinhüningen/Basel Nord
Kleinhüningeranlage 39, 10.30–15.30 Uhr



Unser Programm:

- 10.30 Eröffnung durch Markus Borner, Präsident SD Basel-Stadt, der durch das Programm führt
- 10.40 Kurzansprache – u.a. zum SD-Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit – von Ueli Brassler, Gemeinderat und SD-Zentralpräsident, anschliessend musikalische Umrahmung
- 11.05 Begrüssung in französischer Sprache, Michel Dupont, 2. SD-Vizepräsident
- 11.10 Begrüssung in italienischer Sprache, Ueli Brassler, anschliessend musikalische Umrahmung
- 11.30 Kurzansprache von Marco Schällmann, Mitglied JSD-Nordwestschweiz, anschliessend musikalische Umrahmung und

Mittagessen (Anmeldung siehe nachfolgend)

- 13.30 Alphorneinlage mit Walter Lyrer, Birsfelden
- 13.45 Ueli Lerch aus Therwil in der Rolle als «Ueli der Pächter»
- 14.15 Ansprache von e. Nationalrat Rudolf Keller
- 15.00 Gemeinsames Singen der Nationalhymne und Abschluss durch Patrik Cattin, Vizepräsident SD Basel-Stadt. Spendensammlung für den Kampf gegen die «Bilateralen».

Musikalische Unterhaltung: Ländlertrio Locher Glauser mit Handörgeli und Bassgeige, Riehen

Unser Motto lautet: Gemeinsam einige gemütliche Stunden verbringen mit Musik, Spass und Unterhaltung. Nebst Speis' und Trank gibt's auch politische Reden – aber nicht nur... und nur so viele – wie nötig!

Fakultativ: Wer Lust und Laune hat, besucht noch um 16.00 Uhr mit einer geführten Gruppe (Einzeltritt nur Fr. 4.–) ganz in der Nähe im Schifffahrtsmuseum die Ausstellung «Verkehrsdrehscheibe Schweiz und unser Weg zum Meer». Auch das «Dreiländereck» und der Rheinhafen sind in der Nähe und mit einem Spaziergang leicht erreichbar...

So reist man problemlos an:

Mit den SBB: Ab Basel Hauptbahnhofplatz mit dem Tram Nr. 8 ab Gleis 5 Richtung Marktplatz nach Kleinhüningen (Endstation). **Trambillet Zone 1 lösen!** Bei Tram-Endstation zu Fuss über die Wiesebrücke und geradeaus durch die «alte» Dorfstrasse; nach 250 Metern sieht man links die alte Dorfkirche, dann gleich rechts den Durchgang zwischen der Häuserreihe passieren (Weglein) Richtung Biergarten von unserem Restaurant (bitte SD-Wegweiser beachten!).

Mit dem Auto: Auf der Autobahn Basel Nord – Kleinhüningen ansteuern und hierauf via Hochbergerstrasse (Kreisel beachten!) in die Zufahrtsstrasse/Kleinhüningeranlage einbiegen. Links befindet sich die St. Christophorus-Kirche; einige Meter weiter ist das Rest. «Drei Könige». Gratisparkplätze in beschränkter Anzahl in der Nähe des «Drei Könige» vorhanden. Es gibt allerdings kein Parkhaus!

Das Menu: Wir dürfen in einem sehr schönen Traditionslokal feiern – dies ist im Essenspreis mitinbegriffen. Der Wirt öffnet das Restaurant extra für uns. Die Gaststube hat gut 100 Sitzplätze; das Säli nochmals deren 30. Im Biergarten können zusätzlich 60 Personen im Schatten sitzen (je nach Wetterlage!).

Wer mehr über dieses Restaurant mit Dancing erfahren möchte – wählt www.single-tanz.ch und klickt das «Drei Könige in Kleinhüningen» an. Der Küchenchef ist auch Tanzlehrer – für alle Fälle!

Aus organisatorischen Gründen melden Sie sich bitte sofort – **spätestens jedoch bis zum 15. Juli** – fürs Mittagessen an. Der Küchenchef kann sicher gut tanzen, vermutlich aber nicht zaubern! Diese Feier wird bei jedem Wetter durchgeführt, denn wir haben – wenn nötig – alle ein Dach über dem Kopf. Aber auf dem «Trockenen» müssen wir bestimmt nicht sitzen!

ANMELDUNG:

- 1. Menu:** Rahmgeschneitzertes mit Butter – Nüdeli Fr. 23.–
und Gemüse, inkl. Suppe Anzahl? Bitte angeben _____
- 2. Menu:** Paniertes Schnitzel mit Senf eingestrichen
und goldgelb gebraten mit Pommes frites Fr. 25.–
und Gemüse, inkl. Suppe Anzahl? Bitte angeben _____
- Menu-Salat kostet separat Fr. 4.50 Anzahl? Bitte angeben _____
- 3. Menu:** Vegi-Teller mit Gemüse, inkl. Suppe Fr. 20.–
Anzahl? Bitte angeben _____

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Talon einsenden oder als Info durchgeben **bis spätestens 15. Juli** an:
Schweizer Demokraten BS, Postfach 4219, 4002 Basel
E-Post: info@sd-basel.ch, Fax 061 262 03 15.
Weitere Auskünfte erteilt das Basler SD-Parteisekretariat Tel. 061 262 03 04

Euro 2008 oder Geldtransfer total?

Fussball-Fans werden zu lebendigen Plakatsäulen umfunktioniert. In den Stadien werden nur «richtig» gekleidete Fans geduldet. Trägt ein «Fussballfreund» ein Trikot mit einer aufgedruckten falschen Aufschrift oder einem fremden Markensymbol, so bekommt er sehr rasch Probleme; dies nicht mit andern Fans, sondern... Falsche Werbeaufschriften müssen abgedeckt werden. Es gibt z.B. in den Stadien und den Fan-Zonen nur noch eine Biersorte, die «genehm» ist: Carls...!

Die nachfolgenden Gedanken beziehen sich auf Basel und die Region. Diese Betrachtungsweise kann jedoch – von Details abgesehen – ohne Übertreibung auch auf andere Euro-Austragungsorte übertragen werden.

«Unser Bier»

In Basel existiert seit 11 Jahren eine Kleinbrauerei, die ein Hopfengetränk mit dem Namen «Unser Bier» herstellt. Deren Unternehmensleitung liess aus überzeugenden Gründen ein aussagekräftiges grosses Poster an einer Fassade gegenüber der Hauptpost in der Innenstadt (ausserhalb der Fan-Zone) aufhängen. Der darauf präsentierte Text lautete: **«Bier von hier statt Bier von dort. Unser Bier»**. Die Allmendgebühr des Kantons wurde in gewissen Gebieten der Stadt während der Euro 2008 mehr als **verdreifacht!** Somit kostet der Aushang während der Euro-Spieltage für das genannte Megaposter für nur 22 Tage um die 14 000 Franken! Kenner der Werbebranche sind der Überzeugung, dass mit derlei erhöhten Aushängekosten einerseits versucht wird, selbst gross Kasse zu machen und andererseits – was vermutlich noch wichtiger ist – Nicht-Sponsoren der Euro 2008 aus gewissen «Sperrzonen» der Stadt fern zu halten. Prost!

Die Schweizer «National»-Mannschaft

Wie oft schon wurde der Bevölkerung der Schweiz durch die Medien dargelegt, dass eine «Schweizer» Mannschaft nur noch mit Spielern mit fremdländischen Wurzeln zu tollen Leistungen fähig sei. Anders gehe es ja gar nicht mehr! Dies sei übrigens in der Wirtschaft auch so, deshalb brauchten wir die 1,5 Millionen Ausländer in der Schweiz (wie zeigen sich denn diesbezüglich Vergleiche gegenüber Japan?). Beim

Sport ist es nicht anders, da werden z.B. Top-Fussballer mit ausländischen Wurzeln (rasch) zu Schweizern gemacht. Und – ach herrje, welche Superelf mit zum Teil unaussprechlichen Namen kommen da zusammen: **Valon Behrami, Hakan Yakin, Eren Derdiyok, Gökhan Inler, Diego Benaglio, Johan Vonlanthen, Philippe Senderos, Gelsen Fernandes, usw.**



Leiden mit den Schweizer Fussballern.

Alles Topleute... sie alle haben für Mutter Helvetia Fussball gespielt und ihre **«letzten Kräfte hingegen»**. Dabei haben sie fast keine Tore geschossen und um das geht es doch! Ja gewiss, beim Spiel **Schweiz–Türkei** regnete es während fast der ganzen Spielzeit in Strömen und dies behinderte natürlich die Schweizer Spieler massiv. Die türkische Elf stand jedoch ebenso im Regen, machte noch **zwei Tore!** Eine Erklärung für die Schweizer Elf: «Warum sollen sich die im Luxus lebenden Herren noch den Arsch aufreissen, wenn sie auch mit wenig Einsatz übers Jahr hindurch hohe Entschädigungen einfahren?» **Der «Schweizer Mannschaft» fehlte ganz einfach – wie meistens – der nötige Biss, eben der zusätzliche zehnpromtente «Tatendrang»!** Das Euro-Probespiel etwa gegen die Mannschaft von Liechtenstein kann doch nicht zu den «Realitäten» in der Fussballwelt gezählt werden – oder? Dass das letzte Spiel in der Euro-Gruppenrunde gegen Portugal gewonnen wurde – ist keine (unerwartete) Heldentat! Die Portugiesen kommen auch bei einer Niederlage eine Runde weiter. Diese hatten ihre guten Leute gar nicht (mehr) im Spiel und schonten diese für spätere wichtigere Einsätze. Köpfchen – Taktik gehört eben auch zu einer erfolgreichen Europa-Meisterschaft. Zumindest für **Köbi Kuhn** war das letzte Spiel ein ehrenvoller Abgang in den wohlverdienten Ruhestand! Was kommt danach?

Patrioten oder Top-Söldner? Die beiden Kroaten mit «Schweizer Pass» Ivan Rakitic und Mladen Petric zögerten nicht lange bei der

Wahl des richtigen Trikots: **Einmal Kroatie... immer Kroatie!** Zum Glück ging es hier nicht in den Kriegseinsatz!

Sport verbindet

Sport beeinflusst das Denken der Menschen und verändert die Gesellschaft. **Sport ist natürlich auch Politik!** Weshalb stellen sich denn Bundesräte (und andere Politiker) so gerne bei grossen Sportanlässen auf der (Ehren-)Tribüne zur Schau? Weil diese Leute etwa sportangefressen sind? **Durch Sport werden die Menschen leider nicht nur über die Grenzen und Kulturen hinweg miteinander verbunden; nein, sie werden auch manipuliert und benutzt!**

Die Uefa (Union of European Football Associations) **ist allmächtig** – leider! Sie entscheidet so zum Beispiel, welche Filmausschnitte bei Fernsehübertragungen von Fussballspielen nicht gezeigt werden dürfen. Sie bestimmt, welche Labels (Produkteaufschriften) sichtbar sein dürfen. Sie wacht darüber, dass im Grillstand immerzu einige Würste fertig gegrillt bereitliegen, ob denn Kunden anstehen oder nicht! (kein Witz!). Die meisten Hilfspersonen in solchen «Buden» arbeiten meist mit einem kleinen Stundenlohn, jedoch mit einer Umsatzbeteiligung. Regnet es immer und fehlen die Fans, gibt es halt wenig Umsatz und demzufolge am Schluss ein halbleeres Portee-



Gilt diese Geste des jungen holländischen Fussballfans wohl der Uefa?

monnaie! **Die Uefa-Verantwortlichen stehen dagegen nie im Regen, sondern immer auf der (finanziellen) Sonnenseite des Lebens – ist das sportlich?**

Den Kleinen ist alles zu verdanken, alles...

Ein grosses Dankeschön haben die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer dieser Grossanlässe in Österreich und der Schweiz verdient. Die Verantwortlichen in den Euro-Austragungsstädten haben Beachtliches geleistet – dies muss anerkannt werden! Allen – auch den ausländischen Fussball-Fans gebührt ein herzliches Merci, da diese zu den Grossanlässen ange-reist sind (zum Teil von weither) und die Matches sowie die dazugehörigen Feiern rundum meist friedlich und mehr oder weniger im Glücksrausch über die Runden gebracht haben. **Die Euro 2008 war etwas Spezielles, grossartig und unvergesslich!** *Markus Borner*

Dank an die Iren

Die EU zeigt wieder ihr autoritäres Gehabe

Dass Diktaturen demokratisch gefällte Entscheide ihrer Bürger nicht gelten lassen, ist bekannt. Die EU zeigt wieder einmal deutlich, dass sie alles andere als ein demokratisches Gebilde darstellt. 2006 «durften» die EU-Staaten über eine EU-Verfassung abstimmen. Die beiden einzigen EU-Staaten, in denen das Volk darüber entscheiden durfte, nämlich Frankreich und die Niederlande, lehnten diese «Verfassung» ab. Was machten nun die EU-Funktionäre in Brüssel? Sie bastelten einfach eine neue Verfassung, die diesmal unter dem nichtssagenden Titel «EU-Reformvertrag» lief. Frankreich und die Niederlande verzichteten diesmal auf eine Volksabstimmung aus Angst vor einer neuerlichen Ablehnung durch ihre Stimmbürgerin-

nen und Stimmbürger. Und in England fand keine Abstimmung statt, trotzdem die britische Regierung ihrem Volk bereits 2005 versprochen hatte, dass über eine EU-Verfassung abgestimmt werde. Die jetzige Weigerung hängt damit zusammen, dass auch die Briten grossmehrheitlich gegen diesen Vertrag sind.

Die Zeitung «Sunday Times» hatte bereits vor der irischen Abstimmung das Resultat einer Umfrage veröffentlicht, wonach 44% der Briten gegen und nur gerade 19% dafür stimmen würden. Dieselbe Umfrage ergab, dass in England 63% der Bürger explizit eine solche Volksabstimmung forderte. Doch diesmal machte Irland der EU einen Strich durch die Rechnung. Als einziges der jetzt bereits

Ein aggressiver Professor verliert den Mut – oder: Vor der Wallstreet kuschelt auch Prof. Wittmann!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Auf Einladung der «Berner Zeitung» veröffentlichte der bekannte Professor Walter Wittmann am 3. Mai einen Gastartikel mit dem Titel «**So sind die Banken zu regulieren**». Völlig richtig analysierte er, wie die Banken aus masslosem Gewinnstreben (siehe das Bonus-System der Bank-Manager!) eine gigantische Finanzblase aufbauten, die früher oder später platzen musste. Ebenso zutreffend verwies er darauf, dass die Zentralbanken mit gewaltigen Liquiditätsspritzen – es handelt sich insgesamt um weit über Tausend Milliarden Dollar – zu Hilfe eilen mussten, um den Kollaps des internationalen Finanzsystems zu verhindern.

Die Ursache dieser Megakrise ortet Wittmann in einer «falsch verstandenen Freiheit» des freien, unregulierten Marktes und bringt einen neuen Begriff, nämlich die «**ordoliberalen Grundsätze**» ins Spiel.

Er schlägt vor,
– das Kartellrecht zu verschärfen (Grössen-Beschränkung!);
– die Sozialisierung der Kosten zu verunmöglichen; d.h. das Verursacherprinzip konsequent durchzuhalten;
– die Finanzwirtschaft zu regulieren, um alle die unglaublichen Kon-

struktionen und Missbräuche der Hedge-Fonds und In-vestment-Banken zu verunmöglichen.

Wittmann macht sich allerdings keine Illusionen über die Durchsetzbarkeit seiner Forderungen, schreibt er doch (Zitat):

UBS und CS halten an ihrem Geschäftsmodell fest, obwohl es sich nicht bewährt hat. Darüber hinaus sind die massgebenden Wirtschaftsverbände wie der Dachverband Economiesuisse gegen zusätzliche Regulierungen. Manager und Politiker äussern sich ähnlich. Daraus ist der Schluss zu ziehen: Neue Regulierungen in Bezug auf die Finanzindustrie bleiben aus. Flaut die Finanzkrise ab und geht es später aufwärts, so wird man hören und lesen können: Wir haben es ohne den Staat geschafft, zusätzliche Regulierungen haben sich – im Nachhinein – als überflüssig erwiesen. Damit ist der Weg für den Aufbau der nächsten Finanzkrise frei.

Und noch viel schlimmer – der Graben zwischen den Superreichen und den Habenichtsen wird grösser – wohl solange bis die tragenden Seitenwände des Mittelstandes einstürzen.

Was wäre zu tun?

In zwei Aufsätzen in dieser Zeitung mit dem Titel

- Wie sicher ist unser Geld? (Juli/August Nummer 2007)
- In a long run, we are all dead! (März /April Nummer 2008)

habe ich über die Entwicklung von der Goldkern-Währung zum heutigen Fiat Money (Papiergeld-System) berichtet. Daraus wird klar, der Weg

aus dem heutigen Desaster kann nur der Weg zurück – in Schritten – zur Goldkernwährung sein.

Da dieser Weg aber durch die imperialistische Militär- und Wirtschaftsmacht USA blockiert wird, ist zu erwarten, dass dieser Weg erst über eine Mega-Katastrophe geöffnet werden wird. Präsident John F. Kennedy hat den Versuch eines ersten Schrittes – mit der Unterstellung des privaten FED unter die Regierung – mit dem Leben bezahlt!

Liegt in der Globalisierung der Schlüssel zu einer Lösung?

Die gesamte Globalisierungsideologie basiert auf dem Irrglauben an ein unbegrenztes Wachstum und der Idee des «grösser ist besser». Ausgeblendet werden dabei die ökologischen Tatsachen, dass es ein unbegrenztes Wachstum (besser gesagt: Vermehrung) auf einem begrenzten Planeten nicht geben kann und dass nur eine Vielfalt von sich gegenseitig begrenzenden Organismen Stabilität erzeugt.

Dazu kommt die menschliche Lasterhaftigkeit, welche immer wieder Missbräuche in einem «grenzenlosen» System mit sich bringen wird. Und das «Fiat money» – Papiergeld-System lädt zum Missbrauch geradezu ein. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz «In a long run, we are all dead!». Somit ist klar, dass in der Globalisierung keinerlei Ansätze zur Lösung der Finanzprobleme zu finden sind. Wenn Walter Wittmann schreibt (Zitat):

An erster Stelle ist die Vergabe von Krediten an Finanzinvestoren ins Visier zu nehmen. Hedge Funds arbeiten mit einem gigantischen Hebel. Er beträgt nicht selten das 20- bis 30-fache der verfügbaren Eigenmittel. Das verleiht ihnen jene entscheidende Macht, die erforderlich ist, Märkte aller Art zu manipulieren. Dazu gehören Währungen (Carry-Trades), Ausplünderung von Unternehmen und massgebende Beeinflussung von Aktien- und anderer Märkte. Auch Beteiligungsgesellschaften (Private-Equity-Firmen) operieren dominant mit Fremdmitteln. Das erlaubt ihnen, Unternehmen aller Art in den Griff zu kriegen. Auch bei Übernahmen zwischen Unternehmen sind massive Kredite im Spiel. Diese werden nach bekanntem Muster als Anleihen minderer Qualität (Junk-Bonds) an den Markt gebracht, demnach ausgelagert.

Diese – und andere – Faktoren legen es zwingend nahe, solche Kre-

dite nicht nur zu begrenzen, sondern auch zu verbieten.

Es steht Hedge Funds und Beteiligungsgesellschaften frei, nur mit Eigenmitteln finanzielle Geschäfte zu betreiben. Unternehmen können sich trotz eines solchen Verbots weiterhin an andern beteiligen und/oder diese übernehmen.

Eine zweite Kategorie betrifft Kredite an Unternehmen, Konsumenten, Kreditkartenbesitzer, Leasingnehmer und Hauseigentümer (Hypotheken). Diese dürften meines Erachtens weder verkauft noch in «Wertpapiere» umgewandelt, «verbrieft» werden (Securitization). In dem Masse, wie Kreditgeber Risiken weitergeben können, fehlt jede Bremse, bei der Kreditvergabe vorsichtig und zurückhaltend zu sein. Das kann auf Dauer nur zu einer Aufblähung (Blase) führen, wie man sie aktuell aus den USA her kennt.

Ein hochriskanter dritter Bereich sind Derivate im Allgemeinen und strukturierte Produkte im Besonderen. Diese haben sich explosionsartig vermehrt, sind in unvorstellbare Dimensionen vorgestossen. Man darf diese künstlichen nicht mit echten Produkten wie zum Beispiel Aktien, Obligationen oder Gold verwechseln. Sie bestehen sozusagen nur auf dem Papier, und sie werden (nur) von den Emittenten garantiert. Im Falle einer Pleite droht der Totalverlust. Solche Produkte werden immer komplexer und entsprechend unbeherrschbar. Man kann sie nicht (mehr) verstehen.

Es gibt zudem keine funktionierenden Märkte, aus denen man nach Belieben aussteigen kann. Aus diesen und anderen Gründen sind Derivate, insbesondere strukturierte Produkte, zumindest für private Anleger zu verbieten. Das gebietet auch der Anlegerschutz...

So gibt er damit zu, dass unser heutiges Finanzsystem ein Verbrechen gegen Treu und Glauben des einfachen Bürgers ist.

Weder Globalisierung noch ordoliberale Grundsätze lösen das Problem. Helfen kann einzig ein Finanzsystem, in dem gar keine Manipulationen – weder durch Private noch durch Regierungen möglich sind. Und das ist z.B. nun eben die Goldkern-Währung.

Schade, dass Prof. Walter Wittmann diesen Schritt nicht einmal zu denken wagt!

Dank an die Iren

Fortsetzung von Seite 6

27 EU-Länder lehnte es in einer Volksabstimmung am 12. Juni 2008 auch diesen «Reformvertrag» ab. Damit ist das ganze Projekt hinfällig geworden, da es ebenfalls von allen EU-Staaten angenommen werden müsste.

Was macht aber die EU?

EU-Kommissionspräsident Barroso fordert die EU-Staaten auf, trotz des Neins an diesem Vertrag weiter zu arbeiten. Und der derzeitige slowenische EU-Ratspräsident (das Präsidium in der EU wechselt jedes halbe Jahr) hat die Frechheit, von der irischen Regierung zu verlangen, dass sie vor dem EU-Gipfel er-

klären soll, wieso dass die Iren diesen Vertrag abgelehnt haben. Der EU-Ratspräsident verlangt also tatsächlich von der Regierung eines (zumindest auf dem Papier) souveränen Staates, dass sie vor den EU-Vögten in Brüssel Rechenschaft darüber ablegen soll über das Stimmverhalten ihrer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Und einem solchen Gebilde, das wieder einmal gezeigt hat, dass es von demokratisch durchgeführten Volksabstimmungen ihrer Mitglieder nichts hält, will unser Bundesrat und ein grosser Teil von National- und Ständerat beitreten!

Deshalb mit Überzeugung: EU – Nein Danke!

Dragan Najman, Baden

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeleli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil.

In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Revox B 260/FM-Tuner (Studer) an Liebhaber zu verkaufen. Günstiger Preis. Kanton Bern
Telefon 031 951 07 59

Harley Davidson FXD Dyna S, schwarz, Jg. 04.96, ab MFK, 24 000 km, top Zustand, Verhandlungspreis Fr. 13 000.–, Stadt Zürich
Telefon 079 300 62 18

Rover 620 Si, ehem. Direktionswagen, dunkel-grau metalisé, Jg. 1997, 34 000 km, top Zustand, Grund: Abgabe des Führerausweises, Kanton Bern,
Telefon 031 931 46 33

Zinnkanne mit Tableau und 6 Becher. Patentierte und nummerierte Ausgabe zu 700 Jahre Eidgenossenschaft. Verh.-Preis Fr. 300.–, Stadt Bern,
Telefon 031 992 40 50

Puppenhaus mit 10 Zimmern und Terrasse, sowie Bahnhofstation. 165 cm hoch, 105 cm breit und 70 cm tief. Von vier Seiten geöffnet, um damit zu spielen. Preis nach Vereinbarung. Region Basel.
Telefon 079 310 27 47 oder 061 271 33 59

GC-Fans aufgepasst:

Wunderschöne **GC-Fahne** 100 x 100 cm, Fr. 20.–. Bestellung:
SD, Postfach 8116, 3001 Bern, sd-ds@bluewin.ch



Rennrad, rot, wie neu, nicht das letzte Modell, Fr. 90.–, daselbst ein **Tourenvelo**, alles in sehr gutem Zustand. Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

3 Paar Ski, Marke Rossignol, inkl. Skistöcke; **3 Paar Salomon-Ski-schuhe** Grösse 41–43 Salome, wenig gebraucht. Alles zusammen nur Fr. 150.–. Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

2 Kinder-Velos für 2 + 5-Jährige für Fr. 15.– und Fr. 25.–, gut erhalten.

2 Pferdesättel (1 Sport, 1 Western) plus sämtlichem Geschirr, alles zusammen nur Fr. 900.– top Zustand, Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

GESUCHT:

Geige für Musikschule, möglichst günstig.
Telefon 041 397 01 88

Deutscher «Eidgenosse»

mit früheren intensiven Verbindungen zur Schweiz wünscht sich eine «**Schweizerflagge**» (günstig oder gar gratis!). Auch sonstige Brief- oder E-Mail-Kontakte evtl. ausbaufähig. Franz Schmid, Klosterweg 34, D-73072 Donzdorf,
frschmid@t-online.de

Wir suchen (2 Personen, Nichtraucher, keine Haustiere) **eine ruhige 3- bis 4-Zi-Wohnung in der Stadt Bern**, Miete bis Fr. 2000.–
Telefon 031 352 99 81

ZU VERSCHENKEN:

3-teilige Lederpolstergruppe, hellbraun, guter Zustand, muss abgeholt werden, Nähe Sursee LU,
Telefon 041 980 24 92

ALLERLEI – NUOVO, NUOVO:

I Democratici Svizzeri sbarcano in Ticino. Se sei interessato a collaborare a questa interessante iniziativa... scrivimi o telefonami... aspetto una tua chiamata.
Riccardo Valsangiaco, cp 292, 6834 Morbio Inferiore, ric.valsa@sunrise.ch, Telefon 076 595 21 53

Ich suche SD-Mitglieder und -Sympathisanten aus dem Oberthurgau für gelegentlichen Stammtisch, Meinungsaustausch, Grillabende oder Freundschaft.

Interesse geweckt? Dann meldet Euch unter:
schweizer.demokrat@bluewin.ch

STELLENSUCHE:

Sympathischer Schweizer sucht im Raum Ost-Schweiz Arbeit: Privatbetreuung, Privatchauffeur, Sozialpädagogischer Helfer, Sekretär, Verkauf (kein Aussendienst, Callcenter), nach Einarbeitung auch andere Tätigkeiten,
Telefon 077 439 23 54 oder 071 411 00 50

Küchenchef/Alleinkoch (42 J./CH) in ungekündigter Stellung sucht neue Aufgabe. Speditiv, zuverlässig, kostenbewusst, Liebe zum Detail; dies alles ist mir wichtig! Kt. Zürich/Umgebung.
Telefon 043 536 75 26

Ich suche im **kaufm. Bereich eine Stelle mit einem 50–80% Pensum**, da ich die HFW (Höhere Fachschule für Wirtschaft) besuche. Raum AG/BS/BL.
Telefon 062 871 31 25, domis@gmx-ch

Zu verkaufen: Motorräder

	Zylinder	cm ³	Klasse	Jahr	MFK	Preise geschätzt 2007 von der Versicherung
Triumph						
Trident T 160 (Anlasser)	3	750	1-2	1975	10.2006	11 000.–
Royal Wedding T140V Bonneville	2	750	1	1981	10.2006	11 000.–
T120R Bonneville	2	650	1-2	1968	09.2004	11 000.–
T120 Bonneville Pre Unit, Magnetzündung	2	650	1-2	1965	09.2004	10 000.–
B S A						
Rocket III	3	750	1-2	1970	09.2006	12 000.–
Thunderbolt	2	650	1-2	1967	09.2004	10 000.–

Tel. 055 440 57 74 – 079 336 34 69 – E-Mail: eakuehne@bluewin.ch

Farben und Malerzubehör

- ☉ Stall-Farben (druckreinerfest, 1- und 2-Komponenten)
- ☉ Lebensmittellager-Farben, zum Beispiel für Käse-/Obstlager (atmungsaktiv)
- ☉ Wohnbereich-Farben/Edel-Lasuren für innen und aussen
- ☉ Fassadenfarben mineralisch

Alle Farben nach neuesten, ökologischen Kenntnissen in der Schweiz hergestellt. Frei von Lösungsmitteln und flüchtigen Toxiden. (Technische Merkblätter erhältlich)

☉ Engros-Preise, Beratung (auch bauseits) und Lieferung gratis – ganze Schweiz!

Profitieren Sie von diesem Service – Kosteneindämmung

★★★★ 10 Jahre ★★★★★ **YUKON-SYSTEMS**

C. & S. Eberhart, Burgstr. 55, 8570 Weinfelden, Tel. 071 622 35 40, Fax 071 622 35 49

SD 
Schweizer Demokraten

www.schweizer-demokraten.ch

**Kanton Aargau**

Herr Kunz, wie soll das gehen?

Nachgefragt: René Kunz, SD-Kantonalpräsident, Reinach, will unzufriedene SVP-Leute abholen.

Die Schweizer Demokraten (SD) wollen enttäuschten SVP-Mitgliedern eine neue Heimat bieten. Die «AZ» fragte René Kunz, Präsident der SD-Kantonalpartei, wie er sich das vorstelle.

Herr Kunz, die Schweizer Demokraten wollen SVP-Mitgliedern, die von ihrer Partei enttäuscht sind, eine politische Alternative bieten. Wie kommen Sie auf diese Idee?

René Kunz: Es ist nichts Neues, dass wir versuchen, ehemalige SD-Mitglieder zurückzuholen. Ab Mitte 90er-Jahre verloren wir zunehmend Leute an die SVP. Bei den letzten Nationalratswahlen im Kanton Bern verloren wir die Hälfte unserer Stammwählerschaft, und im Aargau – wegen des neuen Wahlmodus – alle Grossratsmandate.

Was sind das für Leute, die zur SVP wechselten?

Es sind Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen, Rentner, die eine Minimal-AHV beziehen oder Grossfamilien und Alleinerziehende. Wir haben uns gewundert, wieso Menschen, die nicht gerade auf der Sonnenseite des Lebens stehen, zu einer wirtschaftsliberalen Partei ziehen. Mit viel Geld beeinflusste die SVP die Leute, zur grösseren Partei zu kommen, dort hätten sie mehr Chancen. Doch in jener Partei haben die kleinen Leute keine Chance, auf einer Wahlliste auf einen vorderen Listenplatz zu kommen oder in ein Gremium gewählt zu werden. Sie sind innerhalb der SVP heimatlos. Und genau jene Leute wollen wir zurückholen.

Wie kommen Sie darauf, dass es (gemäss SD-Mitteilung) bei der SVP auch im Aargau brodet?

Ich höre das persönlich und auch von Parteikollegen, die mit SVP-Mitgliedern diskutieren. Wir hören von Leuten, die das, was bei der SVP passiert, nicht mehr mittragen können und mit dem Gedanken an einen Parteiwechsel spielen.

Wo siedeln Sie Ihre Partei an?

In gewissen Fragen sind wir zwar weiter rechts als die SVP, aber wir sind eine ökologische Partei mit nationalen Themen. Das unterscheidet uns sowohl von den Grünen als auch von der SVP, die eine kalte Wirtschaftspartei geworden ist. Wir engagieren uns seit jeher für Natur und Umwelt und für den Tierschutz.

Trotz allem gibt es Gemeinsamkeiten mit der SVP?

Bei der Ausländerpolitik oder wenns um die zunehmende Kriminalität geht, stimmen wir gleich: Bei der Einwanderung sind wir aber ganz klar für eine Beschränkung, wogegen die SVP billige Arbeitskräfte zulassen will.

Wie soll das gehen, dass Sie die SVP-Unzufriedenen erreichen?

Wir machen Werbung, bringen Flugblätter unter die Leute und schreiben diejenigen, die wir kennen, direkt an.

Im Aargau, im Bezirk Kulm und in Reinach setzt man die Schweizer Demokraten gleich mit René Kunz.

Wir haben im Aargau rund 1100 Gönner, Sympathisanten und Mitglieder. In den letzten Monaten sind neue Mitglieder in unsere Partei eingetreten, einer sogar von den Sozialdemokraten. Wir werden unterstützt. In Reinach sind wir referendumsfähig. Hängig sind hier eine Aufsichtsbeschwerde (Pflegekinder) und eine Gemeindeinitiative (Referendumshürde 10 statt 20%).

Welches sind Ihre nächsten Themen?

Analog Zurzach sollen im Bezirk Kulm 15-Jährige nach 23.00 Uhr nicht mehr herumhängen können. Und wir wollen ein generelles Spuckverbot auf öffentlichem Grund aufgleisen. Die Anregungen dazu werden an uns, oft an mich, herangetragen.

(Interview «Aargauer Zeitung» vom 7. Juni 2008; leicht gekürzt)

Anderswo gelesen

Was die Situation auf dem Arbeitsmarkt betreffe, sei die Situation zwar «nicht perfekt, aber auch nicht so erfolglos wie anderswo», sagte der Basler Arbeitsmarktforscher George Sheldon. Schwer tue man sich unter anderem beim «Abbau der Altlasten» einer **verfehlten Politik, die unqualifizierte ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz holte.**

Aus: Tages-Anzeiger Zürich vom 29. Mai 2008

**Basel - Zürich - St. Gallen**

Basler Grossratskandidaten gesucht!

Am 14. September finden im Kanton Basel-Stadt Wahlen statt. In wenigen Tagen müssen wir unsere Wahllisten einreichen. Nur mit einer genügenden Anzahl von Kandidierenden (Damen und Herren, Junge sowie Ältere/Pensionierte, politisch Erfahrene und Unerfahrene!) werden wir Mandate gewinnen! Politik wird nicht primär am Stammtisch gemacht, sondern u.a. bei Wahlen und hernach im Parlament. Gewiss, wir lancieren auch Referenden und Initiativen, doch dies allein genügt nicht, um politisch auf allen Ebenen präsent zu sein und Einfluss auszuüben!

Unser Wahlmotto lautet: Ausländerstopp jetzt!

Dieses Thema kann uns nicht gleichgültig sein, denn die Einwanderungswelle wird mit den offenen Grenzen immer stärker!

Die Schweizer Demokraten Basel-Stadt sind jetzt mit Blick auf die kommenden Herbstwahlen auf die Unterstützung ihrer **Mitglieder und Sympathisanten** angewiesen. Auch eben neu in den Kanton zugezogene Schweizer Bürger/innen dürfen kandidieren. Sich-Aufstel-

len-Lassen ist relativ einfach – gewählt werden – jedoch sehr schwer! Es hat auch schon erfahrene und bekanntere Leute auf der SD-Wahlliste. Zahlenmässig genügt dies aber noch nicht. **Mit Ihrer Kandidatur unterstützen Sie die Ziele der SD am wirkungsvollsten – denn mit starken (personell gut dotierten) Wahllisten kann sich die Partei mit wirklichen Erfolgsaussichten den Wählern stellen!**

Interessenten melden sich bitte (einige haben dies erfreulicherweise schon getan!) **sofort** beim Kantonalpräsidenten Markus Borner (Hörhilfe Borner AG, Marktgasse 3 an der Schiffflände, 4001 Basel, Tel. 061 262 03 04 oder E-Mail: hoerhilfe@bluewin.ch.

Selbstverständlich führen wir zuerst ein Vorgespräch, in welchem klar dargelegt wird, wie alles funktioniert und der Wahlkampf abläuft. Wir handeln nach der Devise: **Jede/r kann mithelfen gemäss ihren/seinen Fähigkeiten und Wünschen!** Gehen wir diesen Weg zusammen – dann wird der Erfolg im Herbst auch nicht ausbleiben. Mit bestem Dank für die Unterstützung! *SD-Wahlausschuss*

GR Christian Wenger neuer Präsident der SD-Stadtpartei

Anlässlich der Generalversammlung 2008 der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich ist der bisherige Präsident, Gemeinderat Ueli Brasser, zurückgetreten, da er demnächst das Präsidium der Gesamtpartei (SD Schweiz) übernehmen wird. Als neuen Präsidenten der Stadtpartei wählte die Ver-

sammlung einstimmig Gemeinderat Christian Wenger (33). Nachdem den Schweizer Demokraten unter dem Präsidium von Ueli Brasser der Wiedereinzug ins Stadtparlament gelungen ist, streben sie unter der Führung des neuen Präsidenten bei den nächsten Wahlen Fraktionsstärke an.

St. Galler Regierungsratswahlen

Im 2. Wahlgang der Regierungsratswahl vom 4. Mai gelang es unserem jungen Vizepräsidenten Markus Giger erwartungsgemäss nicht, einen der beiden noch freien Sitze zu besetzen. Dennoch konnten wir unseren Wähleranteil im Vergleich zu den Wahlen vom 16. März beinahe verfünffachen. Dies, obwohl wir auf eine eigentliche Wahlkampagne verzichteten. Das Hauptziel unserer Kandidatur war es, die Schweizer Demokraten im Hinblick auf die Kommunalwahlen vom 28. September 2008 ins Bewusstsein

der Wähler zu rücken. Dies dürfte uns auch gelungen sein, daher sind wir zuversichtlich, im Herbst mit mindestens einem Kandidaten den Wiedereinzug in den Gemeinderat der Stadt St. Gallen zu schaffen. Unser Kantonalpräsident Roland Uhler wird zudem für den Stadtrat kandidieren. Um unseren Willen zur politischen Mitgestaltung zu untermauern, haben wir zudem eine kommunale Volksinitiative zur Lösung der St. Galler Verkehrsprobleme lanciert.

SD Kantonalvorstand St. Gallen



Kanton Bern



SD-Wechsel im Stadtrat von Bern:

Robert Meyer ersetzt Lydia Riesen

Die abtretende Lydia Riesen war eine äusserst erfahrene und weit über die Parteigrenzen geachtete Schweizer Demokratin. Während mehr als einem halben Jahrzehnt amtierte sie als Mitglied der Schulkommission Wankdorf. Sie ist zudem Mitglied der städtischen Vormundschaftskommission. Zudem bekleidet die SD-Politikerin das Amt der Präsidentin des städtischen Stimm- und Wahlausschusses. Die umgängliche Lydia Riesen genoss weit über die Parteigrenzen grosses Ansehen. Sowohl in den städtischen Kommissionen, wie auch parteiintern, arbeitete sie gewissenhaft und tatkräftig mit. Innerhalb der SD bekleidete sie lange Jahre das Amt der Kantonalkassierin und war lange Zeit Mitglied der kantonalen SD-Parteileitung. Zudem verwaltete sie bis vor kurzem auch die Parteikasse der SD-Stadtsektion Bern. Die SD sind überzeugt, dass mit der konsensfreudigen, in SD-Kernfragen aber standfesten, Lydia Riesen das Ansehen der Schweizer Demokraten innerhalb des Stadtrates deutlich erhöht wurde.

Auch der neu für die SD in den Stadtrat nachrückende **Robert Meyer** ist für die SD-Freunde kein Unbekannter. Der 47-jährige diplomierte Sozialversicherungsfach-



Lydia Riesen und Robert Meyer

mann und Treuhänder amtierte von 1992 bis 1996 als Fraktionssekretär der SD-Lega-Fraktion im Bundeshaus. Zudem war er langjähriges Parteileitungsmitglied der SD Schweiz. Ausserdem ist er als Vizepräsident und Pressechef der SD Stadt Bern parteiintern aktiv. Während einigen Jahren vertrat er zudem die SD in der Schulkommission Sulgenbach.

Die SD-Parteileitung hofft, dass Frau Lydia Riesen zusammen mit ihrem Ehemann Hans-Peter Riesen (e. SD-Grossrat) ausserhalb des Politgeschehens noch viele glückliche Stunden erleben darf.

Herzlichen Dank für all die geleistete grossartige Arbeit zu Gunsten unserer Partei!

Robert Meyer, dem Nachfolger, wünschen wir viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

*Namens der SD-Parteileitung:
Bernhard Hess*

Muss man so viel hören und ertragen, würde man gerne ein Wort dazu sagen.

Das freie Wort gehört uns allen. Wie lange lassen wir uns das noch gefallen?

Die, die alle die Schweiz überfremden, und das scheint niemals zu enden! Sprechen in Sprachen, die man nicht verstehen kann, vielleicht ist

manchmal auch nichts Gutes daran! Doch können sie reden wie sie wollen, bei ihnen wird es kaum zu einem Gerichtsverfahren kommen. Ja, das ist es eben, und wir sollen gar nicht mehr reden!

Und unsere Meinung nicht mehr sagen! Ein Zustand, kaum noch zu ertragen! Wie lange wird uns dieser Stolperstein noch plagen?

Flüchtlinge

30 Prozent fühlen sich krank

Das Bundesamt für Migration (BFM) veröffentlichte am 21. April 2008 eine Studie über die Flüchtlinge in der Schweiz. Diese Studie umfasst 2200 Antworten von Flüchtlingen und Sozialarbeitenden. Hier einige Auszüge (entnommen der «Aargauer Zeitung» vom 22. April 2008): Laut BFM haben 61 Prozent der Flüchtlinge regelmässig Kontakt mit Menschen, die seit längerem in der Schweiz wohnen. Gleichzeitig haben 78 Prozent von ihnen regelmässig Kontakte mit Angehörigen derselben Ethnie. Wichtiger erscheinen mir aber folgende Sätze (wörtlich aus der AZ zitiert): «Gegen 30 Prozent der Flüchtlinge sind nach deren (eigenen, die Red.) Einschätzung in einem stärkeren oder schwächeren Ausmass krank. Laut Studie verschlechtert sich der Gesundheitszustand im Laufe der in der Schweiz verbrachten Jahre tendenziell. Allerdings beurteilen die Flüchtlinge ihre gesundheitliche Situation wesentlich negativer als deren zuständige Sozialarbeitende.» Diesen Aussagen wäre eigentlich nichts beizufügen. Ich möchte dennoch festhalten: Der letzte Satz ist besonders symptomatisch. Aber auch die Feststellung des BFM, dass «sich der Gesundheitszustand der Flüchtlinge im Laufe der in der Schweiz verbrachten Jahre tenden-

ziell verschlechtert», zeigt überdeutlich die Mentalität dieser «Flüchtlinge». Sie sind offenbar sehr lernfähig, zumindest merken sie sehr bald, dass man als Asylant oder als Flüchtling, bzw. als Ausländer ganz allgemein in der Schweiz viel weiter kommt, wenn man simuliert, sich «krank» fühlt und sich von unseren Krankenkassen, der IV und von Sozialämtern aushalten lässt. Von Arbeitgebern und Ärzten habe ich gehört, dass bei Krankheiten besonders bevorzugt werden: Chronische Kopfschmerzen oder Rückenprobleme, weil hier ein Simulieren praktisch nicht nachgewiesen werden kann. Und wenn alle Stricke reissen, kann man immer noch psychische Probleme geltend machen; diese können überhaupt nicht bewiesen werden, vorausgesetzt, man kann genügend gut simulieren. Und schliesslich hat man ja auch die sogenannten «Hilfswerke» wie Caritas, HEKS, Brot für Alle usw. usf., die solche «Klienten» bei Sozialämtern, Ärzten und gegebenenfalls vor Gericht unterstützen, alles natürlich auf Kosten der Steuerzahler. Da muss man sich nicht wundern, dass die KK-Prämien ständig steigen und IV und Sozialwesen immer grössere Finanzierungsprobleme haben.

Dragan Najman, Baden



Kanton Schwyz



Der Maulkorb



*Bernadette Reichmuth,
Goldau, alias
«die Stauffacherin»*

Dass man sich nicht mehr frei äussern kann, weiss inzwischen jedermann!

Mit der Meinungsfreiheit, und das ist eine Gemeinheit, hat man auch wieder geschleimt, sonst hätte man damals verneint. Wenn einer seine Meinung sagen will, dann wird es plötzlich ganz still, weil schon wieder das Gesetz

ihn einholen will.

Auch das hat man sich ausgedacht, und ganz sicher mit Bedacht.

Nun muss man einfach alles schön akzeptieren, was sie uns neu servieren. Ohne zu klagen, weil man darf ja nichts mehr sagen.

Ist dies im Sinne der Eidgenossenschaft, dass man das freie Wort hat abgeschafft?

Aber um all dies ist es doch gegangen, in diesem «heldenhaften» Unterfangen.

Es ging um Freiheit und Gerechtigkeit. Warum ist man heut dazu nicht mehr bereit?

Sonst wäre man besser gleich mit Reissverschluss geboren und ganz viel Klebstoff in den Ohren!

Masseneinbürgerung ermöglicht

Besteht jetzt bei Nichteinbürgerung ein Rekursrecht, so muss der Richter **alle Gesuche** stützen, wenn die Kriterien erfüllt sind. Dies auch, wenn – wie es heute schon in England vorkommt – grosse Gruppen in einzelnen Gemeinden durch Einbürgerung bedeutenden Einfluss nehmen wollen, so dass der Charakter der Gemeinde gegen den Willen der Mehrheit verändert wird. Wie wird die Schweiz in 20, 50 Jahren aussehen angesichts erklärter Expansionsabsichten östlicher Völker? Oder wird sich Alt Bundesrichter

Martin Schubarth (SP), der das Bundesgerichtsurteil von 2003 als falsch bezeichnet, mit seiner Auffassung noch durchsetzen? Die Änderung der Verfassung dürfe nicht durch ein Gericht, sondern müsse durch das Volk und die Stände vollzogen werden. Ein Rekursrecht bedinge ein Recht auf Einbürgerung. Letzteres besteht aber nicht, somit sind Rekurse nach Schubarth eigentlich «nutzlos».

*Emil Rahm, Hallau
(P.S. Aussagen von Martin Schubarth gemäss Weltwoche vom 28. Mai 2008)*

Wie erfolgreich Unterschriften sammeln?

Hinweise und Bemerkungen zum Unterschriftensammeln bei Initiativen und Referenden

Wie und mit welchem Vorgehen gelingt es den Mitgliedern (auch Sympathisanten und Freunden) der Schweizer Demokraten, unsere Landsleute für wichtige anstehende politische Sachfragen zu interessieren, positiv zu überzeugen und zum Unterschreiben zu bewegen? Wir haben bei zahlreichen Unterschriftenaktionen Erfahrungen gesammelt und möchten Ihnen für Ihre eigenen Unterschriftensammlungen einige nützliche Hinweise vermitteln.

Es gibt sie, die Erfolg versprechenden «Rezepte»!

1. Jedes SD-Familienmitglied ist imstande, erfolgreich Initiativ- bzw. Referendumsunterschriften zusammenzubringen. Sie werden selber feststellen, dass **Ihre Scheu unbegründet ist**, sich bei solchen Sammelaktionen zu exponieren, und dass Sie mit der zunehmenden Zahl Ihrer gesammelten Unterschriften sogar Spass dabei bekommen. Sie werden merken, dass Ihnen die Leute meist interessiert, selten skeptisch, entgegenkommen.

2. Erklären Sie jeweils ruhig und im sicheren Wissen den Zweck der Unterschriftensammlung. Nennen Sie anfangs Ihren Namen (dies jedoch nur an einer Wohnungstür!) und eventuell Ihre Parteizugehörigkeit. Dies bringt Ihnen Vertrauen entgegen. Danken Sie auch unwilligen politischen Opponenten für deren Einwände. Zeigen Sie gerade bei solchen Leuten Verständnis! **Bleiben Sie stets ruhig und gelassen**; überzeugen Sie mit Ihrem **Einstehen für unsere Sache** und dass Sie sich über jede Unterschrift freuen.

Legen Sie sich ein **einfaches Erklärungsschema mit den wesentlichen Hauptpunkten** zurecht, damit Sie überzeugend argumentieren und/oder kontern können.

3. **Vermeiden Sie längere Auseinandersetzungen (Zeitverlust)**. Erklären Sie kurz und knapp, nie überstürzt oder allzu eifrig. Freundliche Höflichkeit und Humor werden des Öftern zu Ihren Gunsten wirken.

4. Denken Sie auch daran, dass Sie noch viele Unterschriften sammeln sollten. Das verhilft Ihnen zur Einsicht, langwierige Auseinandersetzungen abzukürzen. Brechen Sie im gegebenen Moment einfach höflich und verständnisvoll unter Hinweis auf Ihre weitere Arbeit das Gespräch ab. Danken Sie stets – auch Gegnern!

Wir haben auch befriedigt festgestellt, das es oftmals heisst: «Geben Sie her, ich unterschreibe!», wenn wir auf Anfrage antworteten, dass **wir gerne und für diese Sache freiwillig und ohne Honorar tätig sind**, weil unsere Partei sich eine Bezahlung einfach nicht leisten kann. Es hiess dann etwa: «Ihr habt gute Leute bei den Schweizer Demokraten!». Das war jeweils ein Lob für die SD und für **uns** selbst ein besseres Honorar als eine Bezahlung!

5. **Man kann überall, praktisch an jeder öffentlichen Örtlichkeit sammeln**. Lassen Sie sich keinesfalls von Besserwissern (nicht selten Hauswarte oder politische Gegner) vertreiben!

Unsere Erfahrungen

Am besten suchen Sie sich für Ihre Unterschriftensammlung Mehrfamilien- oder Hochhäuser aus. Hier ist man auch weniger weterabhängig; dies im Gegensatz zu Standaktionen auf der Strasse, wo zudem viele Nichtstimmberichtigte umherflanieren. Beginnen Sie möglichst im obersten Stockwerk (Lift!) und klingeln Sie die Bewohner kurz heraus. Oft befinden sich in einem Stockwerk vier Wohnungen. Dann gehen Sie sammelnd die Etagen bis ins Erdgeschoss hinunter. Bei beispielsweise 14 Stockwerken haben Sie gegen 56 Adressen; dies auf engstem Raum! Die Schuhsohlen werden somit auch nicht gar strapaziert! Oft haben wir auf diese Weise fünfzehn, zwanzig Unterschriften erhalten, in einem Haus! Lassen Sie Namen am Türschild, deren Provenienz wenig oder gar kein Verständnis für unsere Anliegen entgegenbringen, aus.

6. **Verwenden Sie eine harte Unterlage (Karton, Holzbrettli, oben mit einer Klammer versehen) um Ihre Unterschriftenbogen zu präsentieren**. Seien Sie beim Ausfüllen behilflich, erklären Sie, was und was auf der Liste zu stehen hat. Viele Leute sind unbeholfen und freuen sich, wenn Sie ihnen helfen.

7. Es ist auch eher vorteilhaft und professionell, wenn Sie möglichst **zu zweit** auftreten. Das wirkt seriös und vermeidet den Eindruck des Hausierens. Es ist auch für die Beteiligten viel kurzweiliger, alles geht dann schneller und weist auf ein organisiertes Vorgehen hin.

8. Sie sollten die Essenszeiten der Bewohner und die interessanten abendlichen Fernsehprogramme zum Sammeln auslassen. Die Leu-

te lieben Störungen zu solchen Zeiten nicht besonders. Nach unseren Beobachtungen sind **die besten Sammelzeiten etwa von 14 bis 17 Uhr**. Auch am Morgen gibts Resultate, aber manche Arbeiten sind wochentags leider ausser Haus. **Samstagnachmittag bis hin zur Zeit des Abendessens ist eine ideale Zeitspanne fürs Sammeln**.

9. Man kann natürlich auch vor Warenhäusern, Poststellen, u.ä. sammeln. Dort sind die Leute leider nicht selten mit ihren «dringenden Kommissionen» beschäftigt und deshalb sehr kurz angebunden. Vorsicht: Die Unterzeichner hier immer fragen, ob sie denn auch in dieser Ortschaft wohnen? **Auf dem Unterschriftenbogen sind immer nur Unterschriften aus derselben Gemeinde erlaubt!**

10. **Vor Wahllokalen – wenn Abstimmungen oder Wahlen sind** – ist das Sammeln u.U. auch sehr ergebnisreich, denn dort sind alle «Passanten» stimmberechtigt und aus **derselben** Gemeinde!

Die Stimmenden dürfen keinesfalls bei ihrer Bürgerpflicht behindert oder beeinflusst werden. Mit Vorteil spricht man nur jene Leute an, die das Abstimmungslokal wieder verlassen. Oft muss auch ein gewisser Abstand zum Eingang des Abstimmungslokals eingehalten werden!

Generell und überall gilt: **Besser eine Unterschrift gleich einholen**, als etwa dem Interessierten einen Bogen mitgeben, damit er diesen zuhause ausfüllen kann. Nicht selten landet der Unterschriftenbogen leider im Altpapier. Dies überrascht nicht bei der heutigen Fülle von im Briefkasten eintreffenden Prospekten und Werbesachen!

Familienangehörige und Freunde

Angehörige können natürlich auch zum Sammeln und Unterschreiben angehalten werden. Unser Dafürhalten dazu ist geteilt und hat uns darin bestärkt, dass dieses **Familienprozedere oft sehr umständlich** und zeitraubend ist. Wenn schon: Am besten verteilt man Unterschriftenbogen unter Bekannte und Verwandte und lässt diese selbständig sammeln und zieht dann die ausgefüllten Bogen wieder ein. Diese sich aber nicht zusenden lassen, denn damit geht Zeit verloren, und oft geschieht gar nichts mehr!

Senden Sie die (auch zum Teil) ausgefüllten Bogen **nicht offen** per Post ein. Stecken Sie diese besser in einen frankierten Umschlag. Das ist sicherer! Das Porto soll Sie nicht reuen! Die **Stimmrechtsbescheinigung**, z.B. bei der Einwohnerkontrolle der jeweiligen Gemeinde, holen normalerweise die Organisatoren des Volksbegehrens ein. Daher bitte die ausgefüllten Bogen rechtzeitig an die Organisatoren zurücksenden. **Bedenken Sie auch die kurze zur Verfügung stehende Frist von nur 100 Tagen für ein Referendum; handeln Sie immer rasch!**

Zusammenfassung

Wir wünschen Ihnen nun viel Erfolg beim Unterschriften-Sammeln. Angesichts der immer unerfreulicher werdenden politischen Lage der Schweiz, tun wir dies ja alle im Bewusstsein, dass wir damit die freie Eidgenossenschaft, unser Heimatland, die Schweiz positiv unterstützen. **Seien wir stolz auf unsere – in der ganzen Welt einmalige – direkte Demokratie!**

i.V. Theo Häusermann, Basel

Persönlicher Schutz – ein aktuelles Thema!

PROTECT «plus» – Pfeffer-Schutzspray

- Einfache Handhabung!
- Setzt Angreifer – Mensch o. Tier – sofort ausser Gefecht!
- Klein und handlich – immer dabei!
- Hohe Zielsicherheit dank Kegel-Sprühnebel!
- Schafft wertvolle Zeit, um Hilfe zu holen!



...auch gegen aggressive Hunde!



PROTECT «plus» Ihr persönlicher Leibwächter!

Mehr Sicherheit – jederzeit & überall!

Die Sinnvolle Geschenkidee!

Bestell-Talon

Ja, ich bestelle Anzahl eintragen. Dose(n) à Fr. 19.90 Anzahl eintragen. Leder-Etui à Fr. 18.50

Versand gegen Rechnung zzgl. Fr. 7.50 Porto mit praktischem Gürtel-Clip

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ / Ort: _____

Jahrgang: _____ Unterschrift: _____

Talon einsenden an: SD-Geschenkläden, Postfach 8112, 3001 Bern, Fax 031 974 20 11, sd-ds@bluewin.ch



Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation. Ihre SD-Redaktion

Unehrlliche EU-Abstimmung

Die Einigungskonferenz des Parlaments hat beschlossen, für die kommende Abstimmung zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU nur eine Abstimmungsfrage (Paketlösung) zuzulassen. Dies, obwohl seinerzeit bei der ersten Volksabstimmung zur Freizügigkeit, vom Bundesrat hoch und heilig versprochen wurde, bei einer Erweiterung auf die Länder Bulgarien und Rumänien, eine gesonderte zweite Abstimmungsfrage zu stellen. Durch dieses Versprechen wurde der damali-

gen Abstimmung zum Sieg verholten. Nun hat man natürlich gemerkt, dass wegen den enormen zu erwartenden Problemen (Sicherheit, Arbeitsmarkt usw.) und den grossen Bedenken im Volk, ein Volks-Nein zur Personenfreizügigkeit mit Bulgarien/Rumänien zu erwarten wäre. Flugs hat man nun die beiden Vorlagen in eine verpackt, um die Abstimmungschancen zu erhöhen; entgegen den damaligen deutlichen Versprechen. Das ist, unabhängig vom EU-Standpunkt, eine unglaubliche Unehrllichkeit gegenüber dem Volk. Gegen solch hinterhältige Manipulationen werden die Schweizer Demokraten, die Lega dei Ticinesi, die Freiheitspartei, die AUNS sowie hoffentlich die SVP – das Referendum ergreifen. Es ist zu erwarten, dass die interessierten, profitierenden Kreise (economiesuisse usw.), unter Einbezug der Medien, wie gehabt, mit enormen Millionen-Beträgen dagegen ankämpfen und dem Volk allerhand Jammergeschichten auftischen werden. Man wird dem zu begegnen wissen, denn schon die heutige Regelung bietet genug negative Aspekte für unser Land und unser Volk!

Peter H. Kuhn,
Präsident SD Regensdorf

Eintopfgericht

Nachdem die gutgläubige Stimmbürgerschaft noch nicht einmal die Erfahrungen mit der vollen Personenfreizügigkeit der bisherigen EU-Staaten hat, weil deren Kontingente teilweise noch bis 2014 laufen, wird nun schnell Druck gemacht, dem ganzen «Eintopfgericht», inklusive Rumänien und Bulgarien, zuzustimmen.

Wenn man bedenkt, dass die Bevölkerungsdichte Bulgariens nur 72 Personen pro Quadratkilometer, in Rumänien 94 Personen pro km² und in der Schweiz jedoch 177 Personen pro km² (Quelle: Der Fischer Weltatlas) beträgt, so bereiten diese erheblichen Unterschiede berechnete Sorgen. Wenn – nach vorsichtiger Schätzung – auch «nur» 0,5 Prozent dieser gut 30 Millionen Menschen (Bulgaren und Rumänen zusammen), in den kommenden Jahren in die Schweiz kämen, so hätte das wiederum einen Bevölkerungszuwachs von rund 150 000 Personen (ohne Familiennachzug) zur Folge.



Bald ein Bevölkerungszuwachs von 150 000 Personen infolge EU-Personenfreizügigkeit?

Energieengpässe und die Zersiedelung der Landschaft werden dann noch dramatischer voranschreiten. In letzter Zeit ist viel von «Transparenz» die Rede. Frage: Weshalb lässt man dann die Schweizer Stimmbürgerschaft nicht in voller Transparenz und vor allem differenziert über die Personenfreizügigkeit (einzelne Länder) abstimmen? Vermutlich stammt der Druck zur Verknüpfung der beiden Vorlagen letzten Endes von der undemokratisch aufgebauten Europäischen Union. So nicht! (Anmerkung der Redaktion: Ist dies nicht auch ein Schachzug der Classe politique in Bern, um die SVP zu «entwaffnen»?)

Marcus Stoercklé jun., Basel

Internationaler Tag der Nachbarn

Am 27. Mai wurde der Internationale Tag der Nachbarn begangen. Was die EU unter guter Nachbarschaft versteht, hat sie just an diesem Tag wieder bewiesen.

Sie droht der Schweiz ein erneutes Mal, um den Druck zu erhöhen, damit wir auch ja der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien zustimmen. Meines Erachtens haben in einer harmonischen nachbarschaftlichen Beziehung Drohung und Erpressung keinen Platz. Im Gegenteil, man achtet den Anderen und respektiert vor allem dessen Entscheidungen und Meinungen. Das ist aber für unsere Nachbarn leider ein Fremdwort. Die Tonart, welche die EU in letzter Zeit anschlägt, lässt mehr als zu wünschen übrig und stellt die Frage: Soll man mit solchen respektlosen Partnern überhaupt noch verhandeln? Warum soll die EU auch Respekt vor der kleinen Schweiz haben? Wir sind ja für die EU nur für zwei Dinge wichtig: 1. Den übertriebenen und übersättigten Verwaltungsapparat mitzufinanzieren

und 2. In den «Besitz» der Nord-Süd-Achse zu gelangen. Dann, wenn sie der freien Schweiz den Garaus gemacht hat und wir in der EU sind, bestimmt diese – wieviele Gotthardröhren es gibt und wieviele Fahrzeuge hindurchrasen dürfen. Es wird ja bekanntlich heute schon alles unter den Deckmantel von Internationalem Recht gestellt. Das Recht eines einzelnen freien Landes zählt nichts mehr! Der letzte grüne Fleck Schweizer Heimerde wird dann auch noch übergebaut.

Zur Erinnerung: Im Moment wird jede Sekunde ein Quadratmeter fruchtbarer Schweizer Boden überbaut und es wird leider nicht weniger. Ein weiterer Grund, warum die Lex Koller keinesfalls aufgehoben werden darf.

Eine historische Tatsache ist, dass alle im «Globalisierungswahn» gross gewordenen Staatenverbände gescheitert sind und so wird es auch mit der EU sein!

Thomas Baschung, Solothurn,
Kantonalpräsident a.i.
SD Solothurn

Demografische Falle

Die Schweiz ist in eine demografische Falle geraten: Immer mehr Rentner, immer weniger junge Leute, die als zukünftige Zahler dieser Renten in Frage kommen. Die Beurteilung dieser Lage in Politik und Publizistik ist jedoch nicht ehrlich! Alle reden nur von den «Babyboomern», die nun ins Rentenalter kämen. Dabei war die Geburtenziffer der Schweizerinnen in den Sechzigerjahren stinknormal in dem Sinn, dass sie für die Erhaltung unserer Volkssubstanz gerade ausreichte. Die Verzerrung des Altersaufbaus entstand erst dadurch, dass sich auf eine normale Geburtenziffer noch eine Einwanderungswelle aufpfropfte. Davon spricht aber fast niemand, im Gegenteil. Damals sprach man zur Bekämpfung der NA-Volksbegehren davon, dass die Fremdarbeiter uns «die AHV bezahlen» würden, ganz unbelastet vom Tatbestand, dass sie selbstverständlich ebenfalls rentenberechtigt sind. Nun kommt noch die Hiobsbotschaft, dass die männliche Fruchtbarkeit im «Schrumpfen» sei. Voraussetzung für eine Lösung wäre, dass eine ehrliche Analyse stattfände, was keinesfalls zutrifft. Das mit der männlichen Fruchtbarkeit ist ein alter Hut. Ich habe bereits in meinem Buch «Biopolitik», erschienen 2001, darauf hingewie-

sen. Dass man keine Ahnung hat weshalb, ist unwahr. Nebst Dingen wie gesetzliche Erleichterung der Abtreibung sind zwei Verdachtsmomente im Vordergrund: Die Verschmutzung der Umwelt mit Substanzen, die eine Wirkung auf die Fortpflanzung haben analog den Geschlechtshormonen und psychosomatische Einflüsse durch den so genannten «Dichtestress» der Übervölkerungssituation.

Schlimmer als die Überfremdung ist nämlich die Übervölkerung, die Zunahme der Bevölkerungsdichte! Und auch das ganze Integrationsgeschwätz vermag daran nichts zu ändern.

Es ist völlig klar, dass es keine Lösung bringen kann: Noch mehr von demselben. Wenn man die Regierungsparteien hört, hat man diesbezüglich seine Zweifel, ist doch Wirtschaftswachstum ohne zusätzliche Einwanderung nicht zu haben. Abgesehen davon, dass es einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Umweltproblemen gibt, was von «Grünen» geflissentlich ignoriert wird. Es hat auch damit zu tun, dass Leute mit einer soliden naturwissenschaftlichen Ausbildung unter den aktiven Politikern untervertreten sind.

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf



L'envers du miroir



Mary Meissner,
Vernier

Qui n'a pas eu envie d'aller un jour se promener en Italie pour admirer les monuments en ruine de son histoire, ses paysages magnifiques ou ses baies idylliques? Qui n'a pas rêvé de pouvoir écouter la Callas ou Pavarotti chanter à la Scala de Milan? Et moi-même j'ai adoré déguster une cassata au bord du Tevere ou des spaghetti al sugo dans une trattoria de Venise! Je me suis même mariée à Milan à la fin de la Seconde Guerre mondiale avec un officier polonais de l'armée Anders et je suis partie en Pologne après avoir passé trois mois dans le camp de réfugiés de Cinè Città, à Rome. Mais après l'affaire des déchets napolitains proposés aux fours de Cheneviers à Genève, et tout ce que j'ai lu tant sur internet que dans des livres parus récemment sur le trafic scandaleux des ordures initié et contrôlé par les diverses mafias, il a bien fallu que je remette en question les images, vidéos et diapos se rapportant à mes voyages touristiques dans ce pays. C'est pourquoi j'écris cet article pour mettre en garde mes concitoyens et autres lecteurs de ce journal sur les dangers qu'encourent les âmes crédules et les amateurs de rêves cachant l'envers du décor.

Lingettes, toners et crânes

Les campagnes autour de Naples et de Caserte par exemple sont une cartographie des ordures, le révélateur de la production industrielle italienne mélangée à tous les déchets divers toxiques ou purulents rejetés par les humains. Un paysan a même trouvé en labourant son champ, des tonnes de vieux billets de la banque d'Italie, déchirés, décolorés et qui n'avaient plus cours. Près de Villaricca, des carabinieri trouvèrent dans un terrain vague des millions de lingettes servant à nettoyer le pis des vaches dont les élevages en Vénétie et

Lombardie se comptent par centaines. Une puanteur de lait tourné planait dans la région et ces saletés mélangées à du sang et du pus, avaient façonné depuis des décennies un paysage de petites montagnes. En Campanie, il faut presque porter un masque contre les odeurs envahissant l'entreposage de déchets industriels et non loin de Grazzanise, mieux vaut ne pas aller faire de photographies car les balayures provenant des rues de Milan entassées là depuis des années forment d'horribles amoncellements. Et il n'y a là que 800 tonnes par jour qui y sont déversées, le reste des ordures ménagères, soit 1500 tonnes, part vers l'Allemagne. Des quantités de toner provenant des imprimantes sont également éparpillées un peu partout dans le sud du pays. Dans n'importe quel coin du pays, en creusant un peu, des gamins trouvent des crânes et d'autres parties de squelettes, souvent contaminés par du chrome hexavalent provoquant le cancer du poumon si on le respire sans précaution. Ces os provenant de cimetières désacralisés après 40 ans, devraient être rassemblés et brûlés par des entreprises spécialisées. Mais comme cela coûte très cher, c'est plus simple de les répandre dans la nature. Poussière tu es, et poussière tu redeviendras. Il existe un marché aux puces qui vend très cher ces crânes et cages thoraciques. Un pucier est prêt à payer cent euros un crâne aux dents blanches. C'est macabre!

Ingérences mafieuses

Les clans mafieux parviennent à drainer toutes sortes de déchets du nord au sud, et l'évêque de Nola a affirmé que le Mezzogiorno était la décharge sauvage de l'Italie la plus riche en scories provenant de la production thermique d'aluminium, combinées avec des poussières dangereuses de l'industrie sidérurgique, des restes de peintures, des liquides contaminés par des métaux lourds, etc. Ces déchets sont généralement mélangés aux ordures ménagères ce qui diminue le pourcentage de toxicité, et leur permet d'attribuer un taux inférieur dans le C.E.D., le catalogue européen qui classe les déchets par

dangerosité. Les chimistes chargés de contrôler chaque transport falsifient les formulaires d'identification en maquillant le résultat des analyses.

Les transporteurs peuvent alors déverser ces déchets dans des endroits destinés au compost des champs, magnifique engrais pour les fruits et légumes que nous achetons en Italie. Partout où un paysan possède des terrains, on écoute ces immondices pour «revitaliser» les champs. Les autorités, divisées, confient ce travail à des clans mafieux qui agissent sans pactes afin de ne pas être confondus avec des hommes politiques ou des partis.

Sous-traitants chinois

Vu que pour les entrepreneurs italiens le traitement des déchets est une dépense inutile, et pour ne pas ternir leur image, ils en appellent à des stakeholders qui engagent des mafias locales ou nationales pour faire ce sale boulot qui rapporte gros. Une usine peut facilement demander le traitement de deux cent mille tonnes de déchets toxiques par an à 250 centimes le kilo. Les sommes en jeu sont colossales.

Les employés subalternes viennent de Chine et de Hong Kong, qui ont appris aux clans italiens à commercer dans toute l'Europe. En mars 2005, la police portuaire néerlandaise a découvert à Rotterdam un chargement de 1000 tonnes de déchets ménagers anglais en partance pour la Chine. Il s'agissait officiellement de papier à recycler. Ces déchets sont enfouis à Guiyu au nord de Hong Kong, immergés dans des lacs artificiels, polluant allégrement les nappes phréatiques, si bien qu'il faut faire venir l'eau de la province vosine. Les Chinois impliqués dans cette mascarade immonde veulent faire de Naples le lieu de tous les triages des containers, l'or que sont les ordures destinées à être enterrées dans le sol chinois. Est-ce vraiment à une telle débauche d'inepties honteuses que Genève voulait être mêlée? Considérer le trafic des poubelles comme des chargements d'or?

Evidemment, avec les calculs que d'aucuns se sont empressés de faire, il s'agirait depuis la fin des

années 1990, d'une somme de cent millions d'euros de bénéfice économique des entreprises qui se sont adressées aux clans mafieux. Pas étonnant qu'en Italie il y ait tant de *combinazione*, de pertes officielles et officieuses, et que l'entrée de ce pays dans l'UE lui a donné une couverture d'honorabilité qu'il est loin de posséder. Il faut également reconnaître que des dizaines de villages sont en train de se battre contre l'ouverture de décharges ou la surcharge de celles existantes. Les habitants dressent même des barricades pour empêcher le camions de passer, car ils savent qu'ils sont en danger de mort à vivre à côté de ces gouffres vénénéux. Une autre tactique est de mettre le feu à ces tas d'immondices. Les Tziganes sont très habiles à ce travail dangereux et les clans leur versent 50 euros par tas brûlé. Une partie des environs de Naples, Giuliano-Qualiano-Villaricca a été baptisée la «Terre des feux». Il s'agit de 39 décharges dont 29 pleines de déchets toxiques qui augmentent de 30% par année.

Conséquences sanitaires

Les clans profitent de la colère des paysans qui, dégoutés, vendent leur propriété pour fuir cette gadoue puante où les arbres fruitiers produisent des fruits pourris, où les légumes sont empoisonnés et les clients absents. Cerise sur le gâteau, les cancéreux remplissent les hôpitaux, les enfants naissent difformes ou morts-nés, alors que des entrepreneurs véreux profitant du prix avantageux des terrains contaminés, construisent de jolies petites maisons en affirmant qu'elles sont bâties sur des terrains maraîchers. Lorsque l'herbe pousse, il y a même des brebis et des chèvres qui viennent y paître en toute innocence.

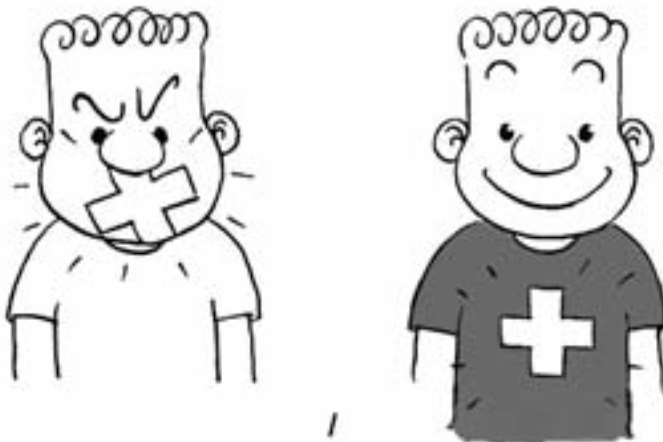
Ici on vit bio, on ne veut pas entendre parler d'OGM, il y a de plus en plus d'indications sur la composition des aliments; en Italie on meurt sans bruit. Pas de commentaires dans la presse, pas de procès, le silence sur les mafias, et la péréquation financière de l'UE qui verse des sommes énormes à des hommes politiques sans scrupules.

Attention à ne pas acheter italien sans savoir d'où ça vient... et restreignez vos voyages dans ce pays aux parures trompeuses.

Perdons-nous notre esprit d'analyse?

Alors que les Pôles fondent, que des populations crient famine et qu'en Suisse nous devons faire face à une pénurie de terrains à cause d'un bétonnage progressent à raison d'un m²/sec., Doris Leuthard dressée comme la statue de la liberté au milieu de ces désastres, prône ses gros yeux grands ouverts le libre échange de produits agricoles, et la libre circulation des travailleurs pour venir cultiver chez nous afin de répondre aux besoins de ces vases communicants.

Le Conseil fédéral, pendant ce temps la regarde bouche bée sans réagir, probablement scotché par la peur d'être repéré par les adorateurs de l'article 261^{bis} de la Constitution qui musèle les réactions négatives des citoyens. Nous avons d'une part l'arrivée massive de migrants qui exigent la naturalisation facilitée, l'obligation de les loger, de leur construire des écoles et des stations d'épuration, un renforcement de transport d'électricité et d'eau potable, et de l'autre les restrictions subies par des citoyens suisses qui voient augmenter, le prix des immeubles, ainsi que les loyers, des bouchons routiers en augmentation, des violences scolaires nouvelles, des déchets supplémentaires, tout cela englobé de bruits insupportables. Ajoutons le



paiement d'impôts superfétatoires comme la valeur locative virtuelle sur les maisons anciennes, le prix du panier de la ménagère qui enfle et l'obligation de connaître la loi. Doris Leuthard ne se rend pas compte que plus il y a d'étrangers qui viennent chez nous pour soi-disant faire face à un progrès réjouissant, moins les paysans auront de terres à cultiver, moins nous serons à même de mener à bien un libre échange équitable, et que ce progrès se nourrit pour et par lui-même de la sève helvétique en plantant ses racines dans notre pays déjà surpeuplé. Reste-t-il encore quelque chose au peuple d'origine?

En offrant comme exemple le processus des vases communicants concernant l'agriculture qui est devenue la principale nécessité mondiale, encore faut-il un tant soit peu d'équilibre quantitatif pour ne pas être submergé irrémédiablement. L'OMC, un organisme qui se nourrit également de lui-même puisque seulement capable de colmater au cas par cas les plus graves déficits alimentaires mondiaux, a choisi la Suisse pour y amener quelques cinq cents étrangers de plus dès le bâtiment supplémentaire aura été construit sur un des plus beaux sites lémaniques encore vert.

Il faut dorénavant comprendre la

peur qui s'installe chez nous et le pourquoi du lancement de l'initiative des Démocrates suisses pour l'abrogation de l'article 261^{bis} qui empêche les citoyens capables encore de raisonner sainement, de crier au loup, de souligner les vraies causes d'une catastrophe annoncée et d'essayer de contrer légalement l'illégalité d'une loi les empêchant d'accuser ceux occasionnant les dérèglements prévisibles que les plus démunis devront affronter. Nous devons être solidaires de la paysannerie, remettre en œuvre le plan Wahlen et nous nourrir intelligemment sans boulimie d'exotisme pour économiser une énergie en passe de disparaître, et nous assurer une économie équilibrée permettant une survie décente dans ce chaos qui pointe à l'horizon.

Mary Meissner, Vernier

La naissance d'une nation mafieuse

Ainsi le Kosovo, paradis des mafias albanaises, vient d'être reconnu comme Etat démocratique par les USA, la France, l'Allemagne, la Suisse, et la Grande-Bretagne, qui se sont empressés d'aller y ouvrir leurs ambassades. Concernant la Suisse, non seulement il n'y a jamais eu de statistiques évaluant le pourcentage des représentants de la pègre parmi les 240 000 Kosovars installés dans le pays, ceux qui sont en prison pour trafic de drogue, les filles ayant épousé des mafieux dont les nombreux enfants sont scolarisés à nos frais, et les proxénètes martyrisant les femmes qui alimentent le commerce de cette traite immonde, mais notre ministre des affaires étrangères veut rele-

ver de ses fonctions Carla del Ponte, ambassadrice en Amérique latine. Celle-ci vient de publier un livre intitulé «La chasse, moi et les criminels de guerre» et Micheline Calmy-Rey, qui a soutenu moralement et pécuniairement toute cette chienlit balkanaise, n'a pas supporté de lire noir sur blanc les accusations de l'ancien procureur général du Tribunal pénal international pour l'ex-Yougoslavie contre l'actuel premier ministre kosovar Hashim Thaçi, de s'être rendu complice de trafics d'organes pris sur des Serbes, alors qu'il était chef de la guérilla.

Carla del Ponte affirme également que cet ancien chef de l'UCK, Armée de Libération du Kosovo, est lié au clan Drenica, mouillé dans le trafic d'armes, de drogue, et d'êtres humains ramassés dans les pays d'Europe de l'Est et d'Asie. D'ailleurs, Christophe Chicklet, spécialiste des Balkans, rappelle qu'une partie considérable des rentrées financières de l'UCK provenait de ces honteux trafics. De s'être auto-proclamé Etat démocratique ne sig-

nifie pas que ce commerce mafieux va cesser, il sera automatiquement blanchi plus facilement protégé par le cautionnement des pays qui ont béni sa fondation. Nombre de criminels auront même l'immunité parlementaire car ce pouvoir malhonnêtement acquis doit beaucoup à la pègre vivant d'escroqueries orchestrées depuis la Suisse et l'Allemagne. Les Etats-Unis qui voient déjà un futur abcès à crever parrainent ce fait accompli en ouvrant une ambassade à Pristina.

Il n'y a vraiment plus de morale, mais de l'hypocrisie, du profit pour certains et de la désinformation pour tous. Ajoutant à cela la faim dans le monde, principalement due aux carburants verts produits par les céréales de base dans les pays pauvres épargnés par les mafias, mais contrôlés par les multinationales, l'humanité s'enfonce de plus en plus dans une déchéance mortelle. Les émeutes de la faim éclatent déjà dans quinze pays, augurant d'un chaos malfaisant qui gangrènera la terre entière.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

 **1^{er} août-Fête nationale avec les Démocrates Suisses à Kleinhüningen/BS**

(voir page 5)

Le Pileri

La septième plaie d'Égypte

Bien avant notre mise en garde contre les conséquences qu'engendrerait l'usage des céréales pour en faire de l'éthanol, enlevant ainsi le pain de la bouche de nombreuses populations, nous avons aussi été le premier parti à dénoncer la mise en jachère de trop grandes surfaces, alors qu'il y avait des frémissements de famine dans certaines parties du monde, dus au changement de climat. Nous nous étions même référés au plan Wahlen qui avait sauvé de la faim nos concitoyens pendant la Seconde Guerre mondiale. Je me rappelle que nous cultivions des plantes vivrières jusqu'entre les voies de chemin de fer. Aujourd'hui, la situation empire de jour en jour, et la septième plaie d'Égypte frappe les pays les plus pauvres où des émeutes éclatent contre la pénurie et la cherté des céréales, riz, blé, maïs, mil, et crée la faim et la dénutrition dans des populations soumises aux aléas du climat qui se dérègle. Alors, nous en sommes à revenir en arrière, comme c'est le cas pour les transports publics. Le tout bus et engins roulant au pétrole devait remplacer les bons vieux tramways et hop, on a enlevé les rails, on a posé des lignes électriques, et les stations d'essence ont proliféré. Mais combien cela a coûté aux contribuables pour rien? Qu'attend-on pour suivre les conseils de Jean Ziegler qui, sur cette question, a parfaitement raison, mais je crains qu'il crie dans le désert des multinationales pétaradant aux OGM pour faire bon poids...

Parlons un peu des animaux

Des amis des animaux viennent de promouvoir le high tech au secours des faons, et pourquoi pas des alouettes. Chaque année, des faons subissent d'atroces souffrances ou meurent, sous les couteaux des faucheuses mécaniques durant la période des foins, de même que beaucoup d'alouettes qui nichent au sol. Alors des détecteurs à infrarouge ont été mis au point et sont achetés par IP-Suisse, l'organisation faitière des agriculteurs, pour être placés sur des faucheuses afin d'éviter la mort de 1600 à 2000 faons par année. Le modèle choisi par la PSA s'appelle ISA et est mis gratuitement à la disposition des paysans. Ces détecteurs réagissent à la chaleur corporelle des animaux en déclenchant un signal acoustique et des localisations sur un écran de contrôle. Espérons que les lièvres et renards bénéficieront

aussi de cette nouvelle technologie. Espérons que les chasseurs ne vont pas s'approprier ce système pour les aider dans leur amour de la gachette!

A contre-courant

Que de bruit et de fureur autour de la question tibétaine! Dans le monde entier, depuis des siècles, des guerres de clans ont bouleversé à plusieurs reprises le climat politico-économique de nombreux pays, et le Tibet fait partie de ces endroits mal placés sur notre mappemonde. Depuis la nuit des temps, dans cette partie du monde, les luttes entre Han, Yuan, Chinois ou Tibétains, Dzougats, Kamgxi ou Mongols, Mandchous, Bonnets Jaunes et Anglais ont fait des millions de morts, et aujourd'hui, les démonstrations internationales pour un Tibet libre sont dérisoires et mêmes ridicules, vu qu'aucun des protestataires ne sait pourquoi et pour qui'il hurle de piteux slogans. Une seule chose est sûre: la mentalité chinoise est si éloignée de la mentalité occidentale, qu'invoquer les Droits de l'homme est risible, vu que ces droits sont bafoués partout, jusqu'à l'ONU, l'OTAN, le FMI, l'OMC et j'en passe et que les Chinois l'ont compris très vite. Ces luttes rédbitoires ressemblent à celles au Golan, Liban et Tchad, car il ne faut pas oublier, que le Tibet est le château d'eau de l'Asie et que la Chine a soif. Et puis il y a les richesses minières nécessaires à la production des piles électriques et autres métaux qui se raréfient. Les Jeux olympiques sont un prétexte pratique pour essayer de consolider les acquis quels qu'ils soient, d'en acquérir d'autres et probablement d'encaisser en douce des prébendes américaines destinées à diviser pour régner, n'importe où et n'importe comment.

L'affaire Ingrid Bétancourt

Voilà aussi une question biaisée et mal expliquée par les masses médias qui s'emballent pour un rien. Je ne dis pas que la situation de cette pauvre femme n'est rien, mais elle la doit principalement à elle-même. Elle avait des contacts réguliers avec les FARC et sa politique divergeait des concepts colombiens majoritaires. D'autre part, c'est une francocolombienne, française de papiers, donc les gestulations actuelles orchestrées au plus haut niveau sont déplacées, car ce problème est strictement colombien. Il y a d'autres otages qui souffrent autant et depuis plus longtemps qu'Ingrid, et dont personne ne s'inquiète.

La surpopulation délétère

Avec la faim qui augmente dans le monde, la bêtise et le mensonge sont d'actualité pour passer sous silence le fait unique et dangereux de la surpopulation. Ce n'est pas parce que le Nord de la planète essaie de contrôler ses naissances qu'il faut laisser la libido des pays du Sud envahir par la matrice les nations politiquement raisonnables. Les futurologues sont à même de prévoir les résultats catastrophiques dont la planète sera la victime. Il y a un tel déséquilibre fi-

nancier, économique, environnemental, industriel et humain dans ce monde, que sans une prise de conscience universelle et des mesures drastiques concernant aussi et surtout le contrôle des naissances, le grand chambardement planétaire sera incontrôlable et les mafias auront beau jeu de profiter de ce chaos que nous préparons consciencieusement avec de belles paroles, des lois de plus en plus compliquées, mais inapplicable et un laxisme s'amplifiant monstrueusement.

Octopus

Le référendum

Vous avez pu lire dans la presse que la Lega dei Ticinesi a décidé de lancer un référendum contre l'accord de libre circulation des personnes avec l'Union européenne (UE). De notre côté, nous lançons aussi un référendum pour lutter contre la perte de souveraineté entraînée par la libre circulation. Des forces politiques œuvrent en Suisse à l'intégration de notre pays à l'UE. Comme la voie directe a échoué (refus de l'Espace économique européen, refus de l'initiative du Nomes pour des négociations d'adhésion à l'UE), elles recourent désormais à des voies indirectes pour nous rapprocher pas à pas de l'UE, par abandons successifs de notre souveraineté: la libre circulation des personnes est en effet l'un des piliers de la construction européen-

ne. Le contrôle des flux migratoires est l'un des attributs fondamentaux d'un Etat souverain; la Suisse décide ainsi qui peut venir séjourner et travailler dans notre pays. La libre circulation a pour conséquence que la Suisse renonce, à l'avantage des ressortissants de l'UE, à exercer son droit de décider qui peut venir s'établir dans notre pays, ce qui entraîne la disparition du contrôle des flux migratoires. Pour un petit pays surpeuplé comptant une population étrangère avoisinant les 30 pour cent, renoncer à ce contrôle face à un ensemble disparate de 480 millions d'habitants relève de l'aveuglement, de la folie.

*Signez et faites signer le référendum,
Michel Dupont, vice-président*

L'UDC au tapis

On peut se demander qui a été bafoué ce dimanche 30 mai, au vu des résultats électoraux, l'UDC ou les citoyens? Refuser les droits légitimes de décision sur le plan fédéral, confirmer l'ingérence dictatoriale des conseillers fédéraux dans la décision populaire et féliciter deux rênégats UDC qui désirent fonder un nouveau parti, j'appelle cela se moquer du peuple. Concernant les naturalisations, le résultat négatif est dû en réalité au vote des étrangers devenus suisses qui ont fait pencher la balance en faveur de leurs propres ethnies, refusant grâce à leur nouveau droit de vote des mesures restrictives qui auraient été prises vis-à-vis de leurs propres ethnies, parents et amis. Ainsi, subitement, les mentalités proprement helvétiques se dissolvent dans le mélange des peuples venus se réfugier chez nous et qui décident de plus en plus

à notre place de ce qui est bon ou mauvais pour eux, pas pour nous. Une nouvelle manière d'imposer leur façon de vivre, intégration à rebours. Comme ces naturalisés, dont beaucoup sont issus de pays voisins ou fraîchement libérés, nous entrons dans l'Union européenne à pas de velours et nous n'aurons plus besoin de voter pour entrer dans ce machin mal ficelé et totalitaire qui ressemble de plus en plus au Kremlin, Bruxelles étant la copie conforme de Moscou.

Mary Meissner

SD: Nein der Iren ist Chance für ein anderes Europa

Die Schweizer Demokraten (SD) sind darüber höchst erfreut, dass die Iren den demokratiedefizitären «Vertrag von Lissabon» abgelehnt und somit dem Brüsseler Zentralisierungswahn die Rote Karte gezeigt haben.

Gerade im Hinblick auf die in der Schweiz im kommenden Jahr stattfindende Referendumsabstimmung über die Weiterführung der EU-Personenfreizügigkeit und die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien freuen sich die SD darüber, dass sich die Iren von den zuletzt immer direkteren Drohungen der EU-Polit-Nomenklatura nicht einschüchtern liessen und das Vertragswerk von Lissabon trotz enormem Druck seitens des EU-Ratspräsidiums und führender EU-Funktionäre abgelehnt haben. Die SD sind fest davon überzeugt, dass

auch die Schweizerinnen und Schweizer anlässlich der bevorstehenden Personenfreizügigkeitsabstimmung der Brüsseler EU-Dampfwalze die Rote Karte zeigen werden.

Das Europa, welches durch den sogenannten EU-Reformvertrag geschaffen werden soll, ist nicht jenes Europa, das sich die Menschen wünschen. Die Bürger, quer durch Europa, wollen einen Verbund freier und souveräner Nationalstaaten. Die SD warnen die Brüsseler EU-Zentrale davor, das Nein der Iren nicht zu respektieren. Sowohl für



Rauchzeichen aus der EU

die Volksabstimmungen in Irland wie auch im kommenden Jahr in der Schweiz gilt: Der Bürger ist der Souverän und nur er – und nicht abgehobene Eurokraten – müssen das letzte Wort haben. Sollte der Volksentscheid der Iren missachtet werden, wäre dies nicht nur ein demokratiepolitischer Skandal ersten Ranges, sondern auch der Verlust der letzten Glaubwürdigkeit der EU.

SD-Medienmitteilung vom 13. Juni 2008, Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer

SD gegen EU-Personenfreizügigkeit

Die Schweizer Demokraten (SD) sind empört über den Beschluss der beiden Kammern, die Abstimmungsvorlage über die Weiterführung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien in einem einzigen Bundesbeschluss zusammenzufassen. Mit diesem Entscheid rückt das Parlament klar vom Grundsatz der Einheit der Materie bei Abstimmungsvorlagen ab.

Ausserdem wird die Polit-Nomenklatura wortbrüchig, indem sie das im Jahre 2000 und 2005 abgegebene Versprechen bricht, die Möglichkeit zu gewährleisten, dass die Stimmberechtigten in jedem Fall

gesondert zu beiden Vorlagen zu befinden haben. Die SD werden sich durch solche Taschenspielertricks der Classe politique nicht beirren lassen und ergreifen das Referendum gegen die Paketlösung. Aufgrund des grossen Unmutes über die massive Zunahme von Arbeitskräften aus dem EU-Raum und dem daraus resultierenden Lohn- und Sozialdruck sind die SD fest davon überzeugt, diese Referendumsabstimmung gewinnen zu können.

Weiter protestieren die SD gegen die Einmischung des EU-Ratspräsidiums und führender EU-Funktionäre in den bevorstehenden Ab-

stimmungskampf, welche bereits vor einer Ablehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien gedroht haben. Die von der EU an den Tag gelegte Verhaltensweise ist nicht nur demokratiepolitisch skandalös, sondern widerspricht auch den viel zitierten europäischen Grundwerten. Druck erzeugt jedoch immer Gegenruck. Die SD werden die erpresserischen Machenschaften der in- und ausländischen Freizügigkeitsbefürworter im bevorstehenden Abstimmungskampf gebührend thematisieren.

SD-Medienmitteilung vom 12. Juni 2008, Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer

Spende «EU-Personenfreizügigkeit vors Volk!»

Dieser Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen des SD-Referendums gegen die Weiterführung der EU-Personenfreizügigkeit sowie der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien bei. Wir bitten Sie, diesen so rasch als möglich zu unter-

zeichnen (auch Freunde und Bekannte unterschreiben lassen!) und den Bogen ganz oder teilweise ausgefüllt an unser Postfach 8116 in 3001 Bern zurückzuschicken. Zögern Sie nicht, auch Ihre Verwandten und Bekannten unterzeichnen zu lassen.

Weiter müssen wir leider auf den beiliegenden Einzahlungsschein verweisen. Ein Referendum durchzuführen kostet viel Geld. Deshalb sind wir dringend auf Ihre wertvolle Hilfe angewiesen. Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir ganz herzlich.



Bestellatalon Unterschriftenbogen «EU-Personenfreizügigkeit vors Volk»

Ich bestelle _____ (Anzahl) Unterschriftenbogen
 deutsch französisch

Name _____ Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Bitte zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
 PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
 (für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
 Postfach 8116, 3001 Bern
 E-Post: sd-ds@bluewin.ch